

50 Jahre BUND Niedersachsen



Liebe Leserinnen und Leser dieser Festschrift,

fünf Jahrzehnte Verbandsarbeit sind eine lange Zeit, in der zahlreiche Themen behandelt wurden, zahlreiche Erfolge und auch Misserfolge zu verbuchen waren und in der sich vor allem sehr viele Menschen mit voller Kraft ehrenamtlich engagiert haben – die meisten über eine lange Zeit.

Diese Festschrift kann nur einen groben Überblick geben über die Meilensteine der BUND-Arbeit und einige damit verbundene Persönlichkeiten. Sie kann und will keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben – weder hinsichtlich der Chronologie noch der vielen Menschen, die sich um den BUND verdient gemacht haben. Die Festschrift bündelt eine Auswahl an Themen und Personen, die beispielhaft für viele weitere stehen, die nicht vergessen sind, wenn sie hier auch unerwähnt bleiben müssen. Jede Autorin und jeder Autor hat seine ganz persönliche Sicht der Verbandsgeschichte in dieser Festschrift wiedergegeben.

Sie können diese Festschrift – wie auch die Jahresberichte des BUND – aus dem Internet herunterladen unter: www.bund-niedersachsen.de

Ein letzter Hinweis: Wir verzichten in dieser Festschrift auf die geschlechterdifferenzierte Schreibweise, um etwas mehr Platz für Inhalte zu gewinnen und den Lesefluss zu verbessern. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis und wünschen viel Freude beim Lesen. Was bleibt ist ein herzlicher Dank an alle, die an der Entstehung dieser Festschrift mitgewirkt haben.

Carla Juhre

BUND Niedersachsen – 50 Jahre engagierte Arbeit für Natur und Umwelt

Fast hätten wir es nicht bemerkt, wären über die aktuellen Themen und Probleme der heutigen Umweltpolitik über ein Jubiläumsjahr hinweggegangen, als gäbe es nichts Bemerkenswertes aus 50 Jahren engagierter und erfolgreicher Arbeit zu erzählen, zu bilanzieren, zu feiern. Was den BUND immer ausgezeichnet hat, hätte fast dieses wichtige Jubiläumsjahr verdrängt: das intensive Engagement für eine umweltfreundliche und lebenswerte Zukunft für Natur und Mensch. Dabei hat der BUND immer Wert darauf gelegt, dass klare fachliche Positionen und Grundlagen die Basis für eine politische Auseinandersetzung bleiben. Welcher Couleur eine Landesregierung in Niedersachsen auch immer war, sie konnte mit einer kritischen Begleitung ihrer Politik rechnen, zugleich aber auch immer konstruktive Vorschläge für alternative Wege erwarten.

Dieser Charakter des BUND Niedersachsen ist eng verbunden mit seiner Entstehungszeit Anfang der 1960er Jahre. In der Euphorie der „Wirtschaftswunderzeit“ gab es nur wenige Mahner, die erkannten, dass ein unbegrenzt weitergehendes Wachstum schwere Folgen für die Umwelt und die Lebensqualität nach sich ziehen würde. Bezeichnenderweise stammte ein wichtiger Teil der Gründer des damaligen „Bund für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen e.V.“ aus dem Kreis der Wissenschaftler der Technischen Universität Hannover, z.B. Prof. Dr. Ernst Preisling, Prof. Dr. Konrad Buchwald, die sich schon früh mit den Folgen von Industrialisierung, Flächenverbrauch und Artenschwund beschäftigten. Gleichwohl entwickelte sich der Verband nicht als wissenschaftlich orientierter Club, sondern bewusst als ehrenamtlich geführter Mitgliederverband. Diese Kombination aus hoher Fachkompetenz und zugleich basisorientierter Arbeit ist bis heute das Kennzeichen und macht die besondere Qualität der Arbeit im BUND aus – nicht nur in Niedersachsen.

Viele Themen haben den BUND in den letzten Jahren kontinuierlich begleitet: Flussausbau und Industrialisierung an Elbe, Weser und Ems; Atomenergie bei Neubau, Betrieb und Abschaltung von Reaktoren mit allen Risiken, Unfällen und Schäden für

Mensch und Natur sowie die ungelöste Endlagerfrage; Naturschutz vom Schutz erster Gebiete bis zum kohärenten Netz der EU mit allen Widerständen aus Politik und Wirtschaft; Regenerative Energie von der Idee zur Strategie bis zur Realisierung mit allen Widerständen und internen Widersprüchen innerhalb des Naturschutzes.

Der BUND hat informiert, protestiert, Zeichen gesetzt, Kompromisse toleriert und Erfolge erzielt. Er ist seinen Zielen und Grundsätzen immer treu geblieben und dadurch zu einem ernst zu nehmenden, verlässlichen aber auch unbequemen Partner für die Politik geworden. Gerade die aktuellen und skandalösen Ereignisse um die Asse II in Deutschland, aber mehr noch die dramatischen Entwicklungen in Japan bestätigen die ablehnende Haltung des BUND zur Atomenergie.

Vom BUND gesetzte Ziele sind heute vielfach selbstverständliche Realität: In der Abfallwirtschaft hat Vermeidung längst Vorrang vor Verwertung und Entsorgung – auch wenn es noch viel zu tun gibt. Der Weg zu regenerativen Energien ist unumkehrbar beschritten, auch wenn immer wieder Rückschläge zu verzeichnen sind. Wertvolle Naturräume sind als Nationalparke, Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate gesichert und die vom BUND betriebenen Nationalpark-Häuser informieren über diese Schätze der Natur. Der BUND Niedersachsen hat mit den Projekten Diepholzer Moorniederung, Natur-Bauernhof Wendbüdel, Kräutertehe von artenreichen Feuchtwiesen in Lüchow-Dannenberg oder Burg Lenzen wichtige Zeichen gesetzt für zukunftsfähige Konzepte in den Bereichen Moorschutz, regenerative Energie aus moderner Landschaftspflege und Auenökologie. Insbesondere in Lenzen wird durch die verschiedenen Teilprojekte in Verbindung mit dem „Grünen Band“ entlang der Elbe deutlich, dass der BUND seine Arbeit kritisch konstruktiv und beispielgebend begreift. Hier könnte ich viele Projekte der Kreisgruppen hinzufügen.

50 Jahre BUND Niedersachsen heißt deshalb für mich, 50 Jahre engagierte und intensive ehrenamtliche Arbeit für Natur und Umwelt. Es wurde vieles erreicht, aber es liegen auch noch viel Arbeit und Engagement vor uns, um die notwendi-

gen Veränderungen zur Vermeidung eines Klimawandels mit all seinen negativen Folgen und eine nachhaltige Entwicklung zur Sicherung einer lebenswerten Zukunft für kommende Generationen zu gewährleisten.

Mein Dank gilt in diesem Jubiläumsjahr in erster Linie denjenigen, die die Weitsicht hatten, den Landesverband Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen zu gründen und die damit die Grundlage für unsere heutige Arbeit



gelegt haben. Danken möchte ich neben den Mitgliedern und Förderern für ihre finanzielle Unterstützung vor allem den Landesvorsitzenden und Landesvorständen der letzten 50 Jahre für ihre intensive ehrenamtliche Arbeit; ebenso den Geschäftsführungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle für das weit über das Übliche hinausgehende Engagement. Nicht zuletzt gilt mein Dank den vielen Regional-, Kreis- und Ortsgruppen, ihren Vorständen und Mitgliedern für die intensive Arbeit in der Fläche und den großartigen Einsatz für den Natur- und Umweltschutz.

Für die nächsten 50 Jahre wünsche ich allen Aktiven in den Regional-, Kreis- und Ortsgruppen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen des BUND sowie in der Landesgeschäftsstelle viel Erfolg und Spaß beim Einsatz für eine lebenswerte Umwelt. Auch in den nächsten 50 Jahren wird die Arbeit des BUND gebraucht.

*Heiner Baumgarten
Landesvorsitzender*

Inhalt

■ Grußworte	5
■ 1961 - 2011	6
■ Strategie	10
■ Finanzen	12
■ Wald	13
■ Moor	14
■ Gewässer	16
■ Landwirtschaft	20
■ Atomkraft	22
■ Nationalparke	24
■ Energie	26
■ Burg Lenzen	27
■ Projekte	28
■ Anwalt der Natur	30
■ BUNDjugend	32
■ Nachwort	34

Grußwort des Niedersächsischen Ministerpräsidenten

Zum 50-jährigen Jubiläum gratuliere ich dem BUND Landesverband Niedersachsen e. V. sehr herzlich. Nach einem



halben Jahrhundert des Wirkens für den Umwelt- und Naturschutz kann der BUND auf eine beachtliche Erfolgsgeschichte zurückblicken.

Die Gründung des damaligen „Bundes für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen e.V.“ im Jahre 1961 war Fundament für die spätere Einrichtung eines Bundesverbandes und weiterer Landesverbände.

Engagierte ehrenamtliche Tätigkeit und die Vernetzung mit anderen an Umwelt- und Naturschutzthemen interessierten Gruppen zeigten schon bald ihre Wirkung. Steigende Mitgliederzahlen,

praktische Tätigkeiten in Natur und Landschaft, umfangreiche Aktivitäten im Natur- und Umweltschutz und eine zunehmend professionelle Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit kennzeichnen die Entwicklung über die Jahrzehnte hinweg. Gesetzlich verankerte Mitwirkungsrechte für Natur- und Umweltschutzverbände sind heute eine Selbstverständlichkeit. Die Arbeit der Umwelt- und Naturschutzverbände ist aus dem öffentlichen Leben nicht mehr wegzudenken.

Der BUND Landesverband Niedersachsen e. V. zählt heute rund 30.000 Mitglieder und Förderer in 160 Kreis- und Ortsgruppen. Der Landesverband engagiert sich in zahlreichen Projekten. In der Diepholzer Moorniederung unterstützt das Land Niedersachsen die Arbeit des BUND, der sich um das international herausragende Gebiet für Brutvögel der offenen Hochmoor-, Heide- und Feuchtwiesenlandschaften mit mehr als 30 gefährdeten Brutvogelarten kümmert. Auch sieben Nationalparkhäuser und -zentren

in den Nationalparks „Niedersächsisches Wattenmeer“ und „Harz“ werden vom BUND betreut, unterstützt vom Land und in Zusammenarbeit mit Kommunen und anderen Partnern. Neben den traditionellen Aufgaben wie Arten- und Biotopschutz, Landschaftspflege, Gewässerschutz und Umweltbildung widmet sich der BUND zahlreichen anderen Themenfeldern wie Klimawandel, Luftreinhaltung, Verkehr, Gentechnik oder Kernenergie.

Die Arbeit der vielen engagierten ehrenamtlichen Mitglieder und der kompetenten hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdient höchste Anerkennung. Für das Land Niedersachsen wünsche ich dem BUND Landesverband Niedersachsen e. V. weiterhin viel Erfolg bei allen Aktivitäten und freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

*David McAllister
Niedersächsischer Ministerpräsident*

Grußwort des BUND-Bundesvorsitzenden

50 Jahre Natur- und Umweltschutzarbeit in Niedersachsen ist vorerst nur eine Zahl. Lebendig wird diese Zahl und die



geleistete Arbeit durch die Menschen, die diese Jahre prägten und diese Arbeit geleistet haben. Ich könnte diese Personen und viele Aktivitäten des BUND Niedersachsen aufzählen.

Ich möchte allerdings mit einer für den Bundesverband sehr wichtigen Tatsache anfangen: Der damalige Verein „Bund für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen“ mit seinem Vorsitzenden Prof. Alexander Gaede war Mitbegründer des BUND Bundesverbandes und schloss sich damit einem Verband an, der seit 1975 dem Natur- und Umweltschutz in Deutschland eine starke Stimme gibt. Für den BUND Niedersachsen beschränkte sich die Gründung des Bundesverbandes nicht nur auf die Unterzeichnung der Gründungsurkunde. Denn Prof.

Gaede war lange Vorsitzender des Verbandsrats und Mitglied im Bundesvorstand. Er prägte den BUND und gab ihm ein Gesicht genauso wie bedeutende Mitglieder des Landesverbandes wie Lenelotte von Bothmer, Prof. Dr. Ernst Preisling, Prof. Dr. Konrad Buchwald und Renate Backhaus.

In Niedersachsen konzentrieren sich viele brennende Herausforderungen des Natur- und Umweltschutzes in Deutschland. Eine der zentralen Aufgaben des BUND Niedersachsen war von Beginn an der Widerstand gegen Gorleben, Schacht Konrad und die Asse. Diese Aufgabe hat bis heute keineswegs ihre Dringlichkeit verloren. In Niedersachsen schlug sich wie nirgendwo sonst die industrielle Landwirtschaft mit erheblichen Umweltschäden nieder. Der Protest gegen Massentierhaltung in Deutschland von Niedersachsen ausgehend wird vermutlich noch lange Zeit gebraucht.

In den letzten 50 Jahren konnten in Niedersachsen auch Erfolge gefeiert werden, die ihre Strahlkraft für Deutschland und den BUND Bundesverband weiterhin behalten werden. Neben der Initiierung von Nationalparks und Biosphärenre-

servaten und der unermüdlichen Arbeit in der Diepholzer Moorniederung als klare Orientierung zum Biotopschutz, steht der BUND Niedersachsen heute im Gesamtverband gut da mit seinen umweltbildungsorientierten Einrichtungen wie den Nationalpark-Häusern an der Küste und im Harz. Und nichts ist herausragender und kennzeichnender für die Willenskraft des Landesverbandes zur Veränderung als das europäische Projekt der Deichrückverlegung an der Elbe und der Wiederaufbau der slawischen Burg in Lenzen.

Dies alles sind Erfolge und Leistungen der vielen ehrenamtlich Engagierten im BUND, die unermüdlich aktiv und kreativ waren. Ihnen gilt mein herzlichster Dank und der herzliche Glückwunsch zu 50 Jahren kritischer Natur- und Umweltschutzarbeit in Niedersachsen.

Der Landesverband Niedersachsen ist und bleibt ein unverzichtbarer, geschätzter Partner des BUND Bundesverbandes.

*Prof. Dr. Hubert Weiger
Bundesvorsitzender des BUND*

50 Jahre für Umwelt und Natur im Zeitraffer

Fünf Jahrzehnte Verbandsarbeit stehen für unzählige Themen und Projekte, die der BUND bearbeitet hat, außerdem für sehr viele Menschen, die sich über einen kurzen oder langen Zeitraum ehrenamtlich engagiert haben. Daher kann ein Rückblick auf 50 Jahre nie vollständig sein. **CARLA JUHRE** und **GÜNTHER BAUERMEISTER** umreißen die Geschichte des BUND Niedersachsen.

Es waren einmal zwei Männer, die sich über den Gartenzaun hinweg unterhielten: Dr. Hans Heider und Prof. Dr. Konrad Buchwald. Die beiden tauschten sich nicht etwa über ihre gezüchteten Rosen aus, sondern über die gravierende Zerstörung der Natur. So wird es zumindest seit 50 Jahren im BUND Niedersachsen erzählt. Hans Heider war Regierungsdirektor, Naturfreund, Botaniker und Orchideenliebhaber, Konrad Buchwald war Hochschullehrer und hatte Biologie, Botanik und Geografie, Geologie, Mineralogie, Chemie und Physik studiert.

Beide waren schon in den 1950er Jahren und früher beruflich wie auch ehrenamtlich im Naturschutz und für die Landschaftspflege aktiv. Auch Prof. Dr. Ernst Preisung, Landschaftsgestalter und Pflanzensoziologe gehörte von Beginn an zu ihrem Zirkel. Sie hatten eine aufgeklärte, aber doch konservative Haltung, sie waren eher apolitisch, wollten aber doch Druck machen, damit der Staat seine Aufgaben im Naturschutz wahrnimmt. Konrad Buchwald gehörte zudem zu den Mitbegründern einer Wissenschaft des vorsorglichen Umweltschutzes.

Schon vor 50 Jahren ging es ihnen letztlich um eine nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen, nur gab es diesen Begriff damals noch nicht. Sie beschlossen, dass man einen Verein zum Schutz der Natur gründen müsse. Zur Gründungsversammlung des „Bund für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen e.V.“, kurz BfNuL, am 25. April 1961 im Haus der Jugend in Hannover kamen 50 Interessierte. Am 1. Juni 1961 wurde der BfNuL ins Vereinsregister eingetragen. Buchwald berichtete später stets, sie hätten den Verein „gut nachbarschaftlich“ gegründet.

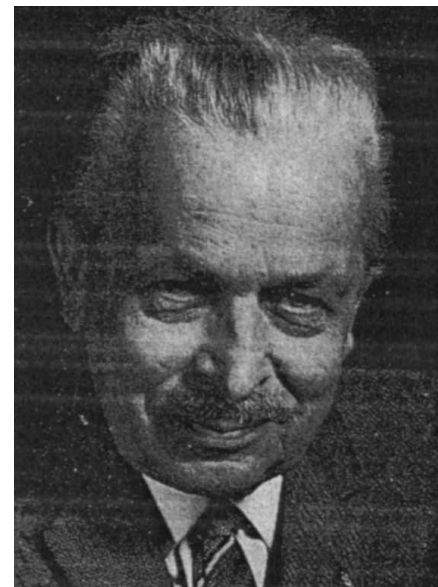
Die Teilnehmer der Gründungsveranstaltung wählten Hans Heider zum ersten Vorsitzenden und Konrad Buchwald zu dessen Stellvertreter. Dem ersten Vorstand der Vereinsgeschichte gehörten auch Forstmeister Kirchhoff und Dipl.-Ing. Winter, Insektenforscher und Landtagsabgeordneter (SPD) an.

Aufgabe des Vereins sollte es sein, etwas gegen die „zunehmende Vernutzung“ der Landschaft zu tun und durch Vorschläge und Initiativen an Staat und Verwaltung den Naturschutz zu stärken. Das Besondere an dem neuen Verein war: Er sollte sich nicht nur für den Vogelschutz oder den Schutz der Wälder, sondern für einen umfassenden Naturschutz stark machen.

Hans Heider schrieb dazu 1962 in der ersten Ausgabe des damaligen Mitgliedermagazins „Naturschutz in Niedersachsen“: „Die durch die Entwicklung der Technik und des Verkehrs sowie der Rationalisierung der Landwirtschaft erfolgenden Eingriffe und Veränderungen unserer natürlichen Umwelt haben seit dem Kriegsende jedoch ein so starkes Ausmaß angenommen, dass es [...] dringend ratsam schien, eine stärkere Konzentration der Kräfte durch die Schaffung einer ausreichenden und geeigneten Plattform anzustreben.“ Dazu müssten fachkundige Mitglieder der verschiedenen naturwissenschaftlichen Sparten gewonnen werden. Die Mitglieder des Vereins stammten überwiegend aus dem Hochschul- und Behördenklientel. Der BfNuL sollte dort eingreifen, wo den behördlichen Naturschutzstellen die Hände gebunden waren.

Laut der ersten Satzung von 1961 hatte der Verein folgende Aufgaben:

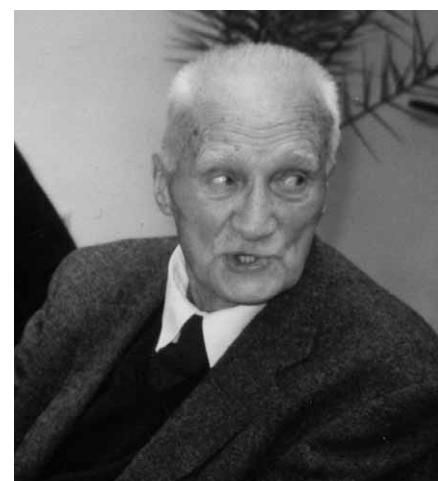
- Den Naturschutzgedanken in allen Volkskreisen zu verbreiten und das Verhalten des Menschen in und gegenüber der Natur im Sinne des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu beeinflussen.
- Schutz und Pflege der Natur und Landschaft aktiv zu fördern.
- Die mannigfaltigen Bestrebungen, die auf dem Gebiete des Naturschutzes und der Landschaftspflege in verschiedenen Vereinigungen le-



Dr. Hans Heider war Mitgründer des BfNuL und wurde zum ersten Vorsitzenden des Vereins gewählt. Fotos: BUND



Lenelotte von Bothmer wurde 1971 zur Landesvorsitzenden gewählt. Sie war zugleich Abgeordnete der SPD im Landtag, später auch im Bundestag.



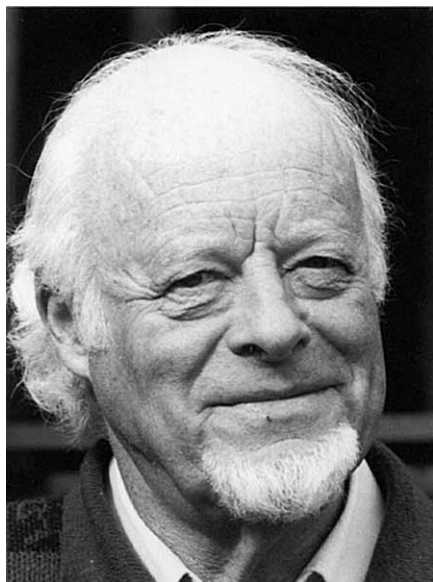
Prof. Dr. Konrad Buchwald hatte mit Dr. Hans Heider den BfNuL gegründet und wurde 1982 selbst Vorsitzender.

Gründungsversammlung des BfNuL

Dr. Hans Heider wird Vorsitzender

BfNuL wird ins Vereinsregister eingetragen

Erstes Mitgliedermagazin „Naturschutz in Niedersachsen“



Prof. Alexander Gaede folgte als Landesvorsitzender 1991 auf Prof. Dr. Konrad Buchwald.



Die Atomexpertin Renate Backhaus wurde 1996 zur Landesvorsitzenden des BUND Niedersachsen gewählt.



Seit 2008 repräsentiert Heiner Baumgarten den BUND Niedersachsen als Landesvorsitzender.

bendig sind, zum gemeinsamen Wirken zusammenzuführen.

- Schutzwürdige Grundstücke und Naturgebilde zu erwerben und zu erhalten sowie ihre Erforschung zu unterstützen.
- Jugendgruppen und andere Organisationen für die Betreuung von schutzwürdigen Gebieten zu interessieren, sie in dieser Arbeit zu unterstützen und zu fördern.
- Geldmittel zur Erfüllung der vorbezeichneten Aufgaben und zur Verhinderung schädigender Eingriffe in die Natur und die Landschaft zu beschaffen und Spenden für Naturschutz und Landschaftspflege anzuregen.
- Veröffentlichungen für Naturschutz und Landschaftspflege herauszugeben, Vorträge, Führungen, Lehrgänge und Ausstellungen, insbesondere auch für die Jugend, zu veranstalten.
- Mit den Naturschutzbehörden und Naturschutzstellen zusammenzuarbeiten und sie in der Vertretung ihrer Belange zu unterstützen.
- Die wissenschaftlichen Grundlagen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erforschen.

Heider, Buchwald und die anderen Gründungsmitglieder gewannen einflussreiche Persönlichkeiten aus Politik, Behörden, Wissenschaft und Wirtschaft für einen vielköpfigen Beirat, der sich zu regelmäßigen Gesprächskreisen im Künstlerhaus in Hannover traf.

Die erste öffentliche Veranstaltung des BfNuL war ein Vortrag von Prof. Dr. Ernst Preisung im Juni 1961 über die gefährdete Natur. Gleich danach fand unter seiner Führung eine Wanderung durch das Bissendorfer Moor statt. Im Herbst 1961 entwarf Prof. Dr. Konrad Buchwald eine Broschüre mit dem Titel „Naturschutz ist kein Luxus“, die in großer Auflage verteilt wurde, um Mitglieder zu werben und zu Spenden anzuregen.

Schon im Gründungsjahr hatte sich somit der Bund für Naturschutz und Landschaftspflege nicht nur organisiert, sondern arbeitete bereits rege durch Öffentlichkeitsarbeit, durch Vorträge, aufklärende Schriften und Begehungen im zu schützenden Gelände.

Doch bereits ein Jahr nach der Gründung musste Heider einräumen, dass nicht alle Ziele leicht zu erreichen wären. Die Hoffnung auf eine breite Unterstützung des Naturschutzgedankens in der Bevölkerung wurde enttäuscht.

Außerdem war der Zusammenschluss mit anderen Vereinen schwieriger als gedacht. Heider sagte dazu bei einer Versammlung, „dass die finanzielle Hilfe, die wir bisher erhalten haben aus Kreisen der Wirtschaft verhältnismäßig spärlich gewesen ist. Ich habe angenommen, dass der Wunsch und die Erkenntnis der Notwendigkeit, hier mehr zu tun als in den letzten Jahren getan worden ist, leichter zu wecken wäre und dass das menschliche Geltungsbedürfnis bei der Verfolgung solcher Ziele nicht eine so bedeutende Rolle spielen würde. Heute weiß ich, dass ich insoweit zu optimistisch war. Ich sehe, dass manche Vereinigungen nur deshalb den Weg nicht zu uns finden, weil in der Vereinsleitung die Befürchtung Platz greifen könnte, einen eigenen Einfluss und ein eigenes Feld der Betätigung zu verlieren“.

Der Naturschutzgedanke verbreitet sich

Und dennoch war der Verein erfolgreich. Er wuchs rasant, nicht nur durch mehr und mehr neue Mitglieder, sondern auch durch Anbindungen und Übernahme verschiedener örtlicher und regionaler Gruppen und Vereine im ganzen Land.

Damals bot der BfNuL seinen Mitgliedern Exkursionen zu verschiedenen Zielen und Brennpunkten von naturschutzrelevanter Bedeutung an, zum Beispiel in den Solling, nach Würgassen, zur Leybucht oder in den Harz. Außerdem fanden viele Vorträge in Hannover statt, um den Mitgliedern Themen der Verbandsarbeit näher zu bringen und dadurch landesweit Einfluss zu gewinnen.

In den 1970er Jahren führte eine verstärkte Bewusstmachung des Naturschutzgedankens, vor allem durch das erste Europäische Naturschutzjahr 1970 dazu, dass der BfNuL Mitglieder gewann.

Anfangs waren im Beirat bzw. Vorstand auch Mitglieder der Landtagsfraktionen vertreten. Der BfNuL verfolgte damit das Ziel, den Naturschutzgedanken auch in der Politik zu verankern. So kam es, dass nach dem plötzlichen Tod von Hans Heider 1971 Lenelotte von Bothmer neue Vorsitzende wurde, die von 1966 bis 1967 Abgeordnete der SPD im Niedersächsischen Landtag und später im Bundestag war. Prof. Dr. Ernst Preisung wurde ihr Stellvertreter.

Die Gefahren und Schäden für Natur und Landschaft wuchsen in dieser Zeit rasant, entsprechend wurden die Anforderungen an den Verein immer größer.

Einige Erfolge aus dieser Zeit: Der BfNuL nahm Einfluss auf den Entwurf für ein bundes- und ein niedersächsisches Waldgesetz und auf die Wiederaufforstung der Wälder nach den großen Sturmschäden 1972 und den Waldbränden 1975.

1971 konnten in Verbindung mit Partnern Pläne erfolgreich abgewehrt werden, auf dem Großen Knechtsand – einem Naturschutzgebiet im Wattenmeer und wichtigem Mauserplatz von Brandgänsen – eine Badeinsel mit Seilbahn zu errichten. Wenigstens einige Rast- und Brutgebiete an der Unterelbe blieben durch den Einsatz des Verbands vom Deichbau verschont. Und gegen den Bau von Autobahnen, Umgehungs- und Landstraßen musste an vielen Stellen Einspruch erhoben werden. Auch der Moorschutz war ein wichtiges Thema. Der BfNuL bewahrte Moorflächen zwischen Hannover und dem Steinhuder Meer vor der Ablagerung von Klärschlamm.

Die Kreisgruppen entstehen

Besonders bei Straßenbauplänen zeigte sich, dass das Einwirken auf Landschaft und Natur in ganz Niedersachsen von Hannover aus nicht immer möglich war. Experten vor Ort konnten die jeweiligen Planungen besser einschätzen. Diese Erkenntnis führte zur Bildung von Kreisgruppen. 1979 wurde auch die Satzung angepasst, um die Organisation des Verbands neu zu fassen. Der Landesverband gliedert sich seither in Kreisgruppen, die in ihrer räumlichen Ausdehnung den Landkreisen oder kreisfreien Städten entsprechen sollen. Schon 1967 war eine Gruppe auf Norderney gegründet worden, 1976/77 die Kreisgruppe Uelzen sowie Göttingen, und viele weitere folgten. 1989 war der BUND in allen niedersächsischen Landkreisen vertreten.

Aus dem BfNuL wird der BUND

1976 kam die CDU in Niedersachsen an die Macht. Und die aufkommende Diskussion um die Nutzung der Atomkraft führte zu verstärktem Interesse der Menschen für ihre Natur, so dass sich von 1980 an weitere Bevölkerungsgruppen im Verband engagierten. Sie forderten aggressivere und politischere Stellungen ihres Verbands. Auch die damals entstandene Bürgerinitiativbewegung suchte die Unterstützung durch Natur- und Umweltschutzverbände.

Der Schwerpunkt der Arbeit verlagerte sich in diesen Jahren mehr und

mehr vom reinen Naturschutz auf den Umweltschutz. Auch die Jugend engagierte sich, zum Beispiel in der BfNuL-Jugendgruppe Region Hannover, die 1979 zu einem Jugendlager auf Hallig Hooge einlud.

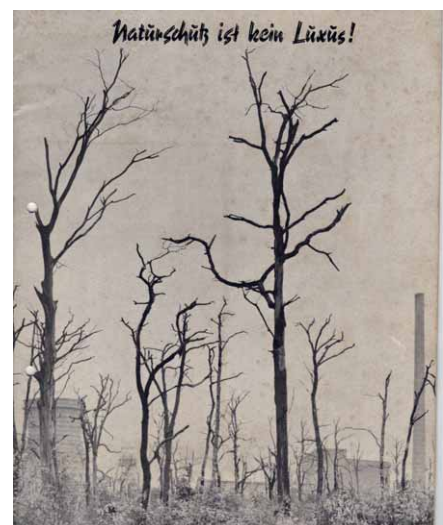
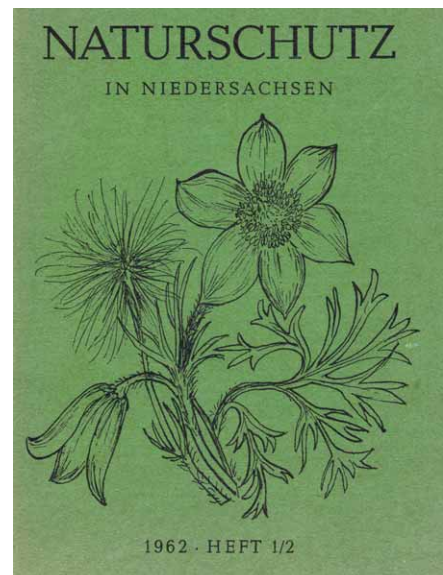
Mit der Erkenntnis, dass für Umwelt und Natur eine Einflussnahme im überregionalen, ja globalen Rahmen nötig wurde, war 1975 die Gründung des BUND Bundesverbands und eine Umbenennung des bereits seit 1976 als Landesverband des BUND fungierenden BfNuL in BUND Landesverband Niedersachsen im November 1981 folgerichtig.

Großes Mitgliederwachstum

In den 1980er Jahren kam Umweltschutz „in Mode“, die Antiatomkraft-Bewegung spiegelte sich auch im Verband wider: 1987 traten zum Beispiel mehr als 3600 Mitglieder dem BUND Niedersachsen bei. Dies steigerte sich bis in die 1990er Jahre, 1992 hatte der Verband mehr als 15.000 Mitglieder.

Der BUND änderte in der Folge seine strategische Ausrichtung: Immer häufiger wurden kritische Diskussionen mit dem Staat geführt. Die Gründungsidee des BUND Niedersachsen, Naturschutzstellen in der Vertretung ihrer Belange zu unterstützen, bestimmte nicht mehr ausschließlich den Umgang mit den staatlichen Stellen. Seit den 1980er Jahren setzte sich die Erkenntnis durch, dass Ziele des Naturschutzes auch gegen Ziele der Politik durchgesetzt werden müssen. Der BUND ist seitdem nicht mehr nur „Unterstützer“ der Aufgaben der Naturschutzverwaltung und „Partner“ des amtlichen Naturschutzes, sondern kritischer „Mahner“, manchmal sogar „Gegner“.

In dieser Zeit, 1982, wurde der BfNuL-Mitgründer Prof. Dr. Konrad Buchwald selbst Landesvorsitzender. Der Verband erlebte als Mitgliederverband eine starke Demokratisierung und Ausweitung aller Betätigungsfelder: Atomkraft, Feuchtwiesenschutz, Waldsterben, Ökologie und Arbeitsplätze etc. Niemals wollte der Verband die Themenvielfalt eingrenzen. Deshalb ließ sich der enorm gestiegene Arbeitsanfall nicht mehr ausschließlich ehrenamtlich bewältigen. ABM-Kräfte wurden eingesetzt, die den BUND erfolgreich unterstützen. Andererseits führte dies zum Rückzug vieler ehrenamtlicher, seit langem überlasteter Mitglieder. Nach dem Auslaufen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen war in



Das erste Mitgliedermagazin des BfNuL (oben) sowie die erste Broschüre zur Mitgliedergewinnung. Foto: BUND

vielen Kreisgruppen eine Fortführung der Arbeit nur mühsam zu bewältigen.

BUND gründet eine eigene Stiftung

Ende der 1970er Jahre und in den 1980er Jahren wurden einige neue BUND-Aktiven in den Vorstand gewählt, die dort bis heute wirken und für eine große Stabilität der Verbandsarbeit sorgen, zum Beispiel Dr. Reinhard Löhmer, der heute stellvertretender Vorsitzender ist sowie Prof. Dr. Helmut Scharpf.

Ende der 1980er und in den 1990er Jahren arbeitete der BUND verstärkt daran, gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft und den Einsatz von Gentechnik vorzugehen.

Prof. Alexander Gaede wurde 1991 zum Landesvorsitzenden gewählt. Die Atompolitik führte zum Engagement von

Renate Backhaus, die seit 1984 für den BUND auf allen politischen Ebenen gegen die Atomwirtschaft aktiv ist. 1996 bis 2008 war sie Landesvorsitzende des BUND Niedersachsen. Sie beschrieb 2001 die Strategie des BUND so: „Wir brauchen den langen Atem, bis sich die Politik für nachhaltige und zukunftsfähige Wege entscheidet – oftmals hilft nur die Krise [BSE], um daraus eine Chance zu machen, manche in Kooperation mit Politik und Verwaltung, manche in deutlicher Konfrontation. Das ist der Weg, den der BUND weitergehen wird.“

In den 1990er Jahren kamen immer mehr Themen hinzu, mit denen sich der BUND befassen musste bzw. befassen wollte. 1991 spricht der Vorstand von 21 verschiedenen großen Themenbereichen, die es „zu beackern“ gilt, etwa Raumordnung, Abfallpolitik oder Agrarpolitik,

von denen acht personell überhaupt nicht abgedeckt seien. Auch die Medien griffen in den 1990er Jahren immer mehr Umweltthemen auf wie das Robbensterben, das Ozonloch, viele Umweltskandale.

Der BUND unterbreitete in diesen Jahren Vorschläge zur Verringerung der Eingriffe an der Ems, er mischte sich ein bei Ersatzmaßnahmen für Eingriffe des Küstenschutzes, er war an der Rückdeichung in Lenzen/Elbe beteiligt zum Zwecke des Natur- und Hochwasserschutzes, er zeigte mit seinem Natur-Bauernhof Wendbüdel, wie man Biogas von Feuchtgrünland gewinnen kann, er erstellte ein Konzept für die Umweltbildung in Nationalpark-Häusern und gründete 2001 eine selbständige Stiftung. Die Stiftung Naturlandschaft betreibt Naturschutz durch die Erhaltung und Neuschaffung von Lebensräumen für Pflanzen und Tie-

re und betreut Hunderte Hektar Biotopflächen – in erfolgreicher Zusammenarbeit mit Landwirten.

An der Themenvielfalt hat sich bis heute nichts geändert, und der BUND versucht, auch unter seinem heutigen Landesvorsitzenden Heiner Baumgarten, kein Thema unter den Tisch fallen zu lassen und arbeitet weiterhin auf breiter Front als „umweltpolitisches Gewissen Niedersachsens“. Die stellvertretende Geschäftsführerin Carola Sandkühler wies 2006 darauf hin: „Der BUND muss weiterhin ein ernst zu nehmender, akzeptabler Gesprächspartner für Entscheidungsträger bleiben. Die Fachkompetenz hält der BUND auch aufgrund des umfangreichen Wissens seiner ehrenamtlich Aktiven vor.“ Dies ist und bleibt die Basis der guten Arbeit des Verbandes.

Die Landesgeschäftsstelle

Nach dem Tod des BfNuL-Mitgründers Dr. Hans Heider wurde der Aufbau einer Geschäftsstelle erforderlich. Denn Heider hatte die Geschäfte im Regierungspräsidium und nach seiner Pensionierung vor allem bei sich zu Hause erledigt: Er kümmerte sich persönlich um Korrespondenzen, die Herausgabe der Verbandszeitschrift und die Einladungen zu Veranstaltungen.

Danach war die Geschäftsstelle für Verwaltungsaufgaben, Schriftverkehr, Mitgliederbetreuung und den Versand der Mitgliederzeitschrift zuständig. Die anfallenden inhaltlichen Aufgaben, Programmentwicklung u. a. erledigte nach wie vor der monatliche „Stammtisch“ aus Vorstands- und Beiratsmitgliedern.

1979 wurde die Geschäftsstelle personell aufgestockt. Fachkräfte wurden eingestellt, die über die Verwaltung hinausgehende natur- und umweltpolitische Aufgaben übernahmen, wie die Stärkung der Lobbyarbeit und die Gründung neuer Kreisgruppen. Von 1980 an sollten sie auch intensive Mitgliederwerbung betreiben, um den Verband zu einer „breiten Bewegung“ zu machen.

Die Möglichkeit, ab 1981 AB-Kräfte hauptberuflich für die Arbeit des BUND einzusetzen, eröffnete dem Landesvorstand eine kostengünstige Unterstützung für seine Arbeit.

Das neue Mitwirkungsrecht des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes forderte ab 1981 Stellungnahmen zu

Planungen. Deshalb stellte der BUND zusätzlich Mitarbeiter ein, die an Erörterungsterminen teilnehmen, die Kreisgruppen beraten und eine sachgerechte Facharbeit sichern sollten.

1981 wurde zudem die Position eines Geschäftsführers geschaffen, die zur weiteren Professionalisierung des BUND Niedersachsen beigetragen hat. Prof. Dr. Angelika Wolf war bis 1989 in dieser Funktion tätig, auf sie folgte Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler.

Projekte kamen hinzu, die die Mitarbeiter der Geschäftsstelle beantragen und begleiten mussten. Seitdem entwickelte sich die Geschäftsstelle zu einer eigenständigen fachpolitischen Kraft. Sie verwaltet den Verband und erarbeitet umweltpolitische Inhalte.

1987 beschäftigte der BUND landesweit 30 Mitarbeiter, 2010 waren es rund 100 Mitarbeiter, inklusive 18 junger Menschen, die ein Freiwilliges Ökologisches Jahr absolvieren oder ihren Zivildienst ableisten.

Die Geschäftsstelle zog mehrfach in Hannover um. Anfangs hatte der BfNuL in der Niemeyerstraße ein kleines Büro gemietet, es folgte der Umzug in die Seilerstraße, 1980 in die Oeltzenstraße, dann in die Fundstraße und schließlich in die Goebenstraße. 2005 begann das große Spendensammeln. Denn der bisherige Vermieter des Hauses in der Goebenstraße hatte dem BUND das Gebäude zum Kauf angeboten.



Die Geschäftsstelle zog mehrfach um, unter anderem hatte sie ihren Sitz in der Seilerstraße. Foto: BUND

Die damalige Landesvorsitzende Renate Backhaus und Landesgeschäftsführer Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler riefen die Mitglieder zum Spenden auf. Das Ziel: Das Haus Goebenstraße 3a sollte zu einem „Umwelthaus“ werden, das den modernen Anforderungen an Energiesparen, Klimaschutz und Büroergonomie entspricht.

Die Mitglieder spendeten mit fast 90.000 Euro mehr denn je, viele weitere Spenden kamen hinzu. Und bis heute bietet das Haus nicht nur für die 14 Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle Platz, sondern auch für die ehrenamtlichen Arbeitsgruppen, Arbeitskreise, Vorstandstreffen, für die BUNDjugend (JANUN), die Kreisgruppe Region Hannover, für den Regionalverband Nord der Deutschen Umwelthilfe und inzwischen auch für eine Krabbelgruppe.



Demonstrationen sind ein Instrument des Verbandes. Das Bild zeigt Landesgeschäftsführer Bodenstein-Dresler (2. v. l.) 2011 bei der Demonstration „Wir haben es satt“ gegen die aktuelle Agrarpolitik. Foto: BUND

10

Konflikt- oder Kooperationsstrategie: Ein Blick zurück und in die Zukunft

Die Ziele des BUND sind klar und in der Satzung festgeschrieben. Doch mit welcher Strategie, mit welchen Methoden und auf welchen Wegen man diese Ziele erreichen will, um möglichst viel für Natur und Umwelt in unserem Land zu bewirken, das wurde und wird immer wieder in den BUND-Gremien diskutiert. **PROF. DR. HELMUT SCHARPF**, stellvertretender Landesvorsitzender, betrachtet die Strategien des BUND Niedersachsen.

Geschichtliche Betrachtungen sind nie objektiv. Schon der Blickwinkel, aus dem heraus Personen oder Ereignisse erwähnenswert erscheinen und andere nicht, beeinflussen das Ergebnis. Dies gilt auch für einen Rückblick auf fünf Jahrzehnte BUND Landesverband Niedersachsen. Und es gilt noch mehr, wenn man ver-

sucht, die Wirksamkeit des Verbandes über diesen langen Zeitraum zu bilanzieren.

Es ist wohl dem inzwischen verstorbenen Ehrenvorsitzenden Prof. Alexander Gaede zuzustimmen, der auf der Jahresvertreterversammlung 1996 die folgende Feststellung traf: „Wir sollten nicht den Aufwand mit dem unmittelbaren Erfolg vergleichen. Die ökologische Umsteuerung der Wirtschaft braucht Zeit und auf unserer Seite ausdauernde Geduld. Deshalb müssen wir die Umsetzung unserer Folgerungen über einen längeren Zeitraum beobachten. Dann sieht die Bilanz so schlecht nicht aus.“

Verzichten wir also auf den Versuch einer auf den heutigen Zeitpunkt ausgerichteten, formalen Bilanzierung der Erfolge, die wir in den vergangenen 50 Jah-

ren erreicht haben. Rücken wir vielmehr die Frage in den Vordergrund, ob wir bei unseren Aktivitäten das mögliche Instrumentarium, das uns zur Verfügung stand, ausgeschöpft und effektive Arbeit geleistet haben. Die Frage nach der Effektivität ist zwangsläufig mit der nach den Strategien verknüpft, die wir verfolgt haben. Signalisiert die Vielzahl an Projekten und Aktivitäten im gesellschaftlichen Umfeld und in der Politik, dass der BUND strategisch so ausgerichtet war, um auf effektive Weise seine Zielsetzungen zu realisieren?

Davon ausgehend kann auch der Frage nachgegangen werden, wie unter den aktuellen inner- und außerverbandlichen Verhältnissen künftig ein effektives Handeln ausgerichtet sein müsste. Dieser Blick in die Zukunft kann an dieser Stel-

le nur angerissen werden, ist jedoch auch in einem runden Jubiläumsjahr nicht überflüssig.

Eine allgemeine Funktionsbestimmung von Verbänden lautet: Verbände bündeln die Interessen ihrer Mitglieder zur Erreichung gemeinsamer Ziele vor dem Hintergrund gemeinsamer Wertvorstellungen. Der Einsatz für den Erhalt und die schonende Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung des Naturerbes im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung umschreibt die Werte und Ziele des BUND. Für deren Umsetzung standen und stehen dem Verband verschiedene Instrumente zur Verfügung. Zum besseren Verständnis dieser Instrumente und mit dem Hinweis, dass es bei deren Einsatz meist darauf ankommt, eine „Strategie des Instrumenten-Mix“ aufzubauen, nehmen wir das Beispiel Landwirtschaft. Folgender Instrumente hat sich der BUND bedient, um seine Forderungen durchzusetzen:

- Entwurf gesellschaftlicher Entwicklungsleitbilder (zum Beispiel Leitbild einer bäuerlich ökologisch orientierten Landwirtschaft);
- Mobilisierung der Mitglieder im Sinne einer „Pressure-Group-Strategie“ (Demonstrationen gegen industrielle Formen der Agrarproduktion);
- Einnahme und Wahrung von Rechtspositionen im Sinne von Gerechtigkeit für Natur und Leben als Anwalt für die Natur (Stellungnahmen zu Bodenneuordnungs-Maßnahmen, Biogas-Anlagen etc.);
- Direkte Beeinflussung politischer, staatlicher und privater Entscheidungsträger im Rahmen von Lobby-Arbeit (Beeinflussung der agrarpolitischen Förderpolitik auf ministerieller Ebene);



Reinhold Messner und Volker Rinne (r., BUND). Prominente helfen, BUND-Botschaften zu vermitteln. Foto: BUND



Kooperation oder Konfrontation? Der Vorstand geht beide Wege. Prof. Dr. Helmut Scharpf (v. l.), der ehemalige Ministerpräsident Christian Wulff, Heiner Baumgarten und Dr. Reinhard Löhmer. Foto: BUND

- Mitarbeit in Experten- und Entscheidungsgremien (Regierungskommission Klimaschutz etc.);
- Information und Bildungsarbeit mit dem Ziel gesellschaftlicher Veränderungsprozesse (Informationsveranstaltungen, Betrieb von Einrichtungen der Umweltbildung).

Das alles sind Instrumente, deren sich der BUND in den jeweils anstehenden Problemfeldern bedienen kann. Es sind sowohl konflikt- wie kooperationsorientierte Instrumente.

In der Praxis stellt sich jedoch die Frage, ob ihr Einsatz jeweils mehr oder weniger „spontanistisch“ erfolgt oder Bestandteil einer wohlüberlegten Strategie ist. Strategiefähigkeit setzt voraus, dass man sich vorab Klarheit darüber verschafft, wie in dem betreffenden Fall die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse voraussichtlich ablaufen und welche Instrumente geeignet sind, um zu einem bestimmten Zeitpunkt zum Einsatz zu gelangen.

Lässt man die Aktionen und Maßnahmen unseres Verbandes etwa der letzten zehn Jahre Revue passieren, dann kann man nicht immer erkennen, dass hierbei nach strategischen und taktischen Überlegungen vorgegangen wurde. Dieses Strategiedefizit ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass in einem dezentral und ehrenamtlich organisierten Verband zwar das „Dach“ der von allen akzeptierten Werte und Zielvorstellungen

existiert, jedoch sehr unterschiedliche Positionen vorliegen, wenn es um den Einsatz von Instrumenten geht. Das führt unter Umständen dazu, dass Aktivitäten im Sinne von Lobby-Arbeit in Politik oder Verwaltung manchem fragwürdig erscheinen.

Lobby-Arbeit ist Realpolitik, die häufig in Kompromisse einmündet. Diese werden von vielen als Gefahr für die Glaubwürdigkeit, ja sogar die Unabhängigkeit des Verbandes gesehen. Die im Verband häufig benutzte Formel „Kooperation ja – aber ...“ ist jedoch selten hilfreich. Mehr denn je erfordern die sich verändernden Rahmenbedingungen verbandlich wie außerverbandlich Strategiediskussionen, die zu einem wohlüberlegten Einsatz der verfügbaren Instrumente führen.

In den für uns in den nächsten Jahren wichtigen Themenbereichen wie Klimaschutz, Biodiversität, nachhaltiges Wirtschaften u.a. muss auf der Basis einer Analyse der jeweiligen Entscheidungsprozesse im Einzelfall entschieden werden, ob Instrumente der Konflikt- und Kooperationsstrategien angebracht sind. Das wird auf keinen Fall bedeuten, dass der BUND dadurch unpolitischer werden könnte. Dort, wo es um grundsätzlich unterschiedliche gesellschaftliche Positionen geht – und die haben wir aktuell reichlich – ist auf die Konfrontationsstrategie nicht zu verzichten.

Der Weg des BUND vom kleinen „Verein“ zur großen „Non-Profit-Organisation“

Als sich 1961 ein kleiner Verein namens „Bund für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen e.V.“ in Hannover gründete, waren dessen Finanzen und Abrechnungen noch überschaubar. Doch der Verein wuchs und wuchs, bekam mehr Mitgliederbeiträge, mehr Spenden, Zuschüsse für Projekte und erbt Immobilien. Der heutige Schatzmeister, **DR. WOLFGANG WESELY**, der seit 25 Jahren die immer komplexer werdenden Finanzen des BUND im Blick hat, berichtet von dieser Entwicklung.

Mitte der 1980er Jahre war alles noch ziemlich kinderleicht: Es gab eine einfache Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, die immer einen Anlass für ausführliche Diskussionen in den Delegiertenversammlungen bot. Obwohl selbst damals schon die Summe der Einnahmen bzw. der Ausgaben die Millionengrenze – in Deutscher Mark – deutlich überschritten hatte, waren eher kritische Fragen nach der Höhe der Telefonkosten oder Portokosten oder ähnlicher Positionen an der Tagesordnung, weniger nach strategisch wichtigen Positionen.

Es wurde Zeit für Neuerungen: Dr. Wolfgang Wesely änderte die Haushaltsstruktur in Anlehnung an die kameralistische Haushaltsführung der Kommunen. Diese beinhaltete ebenfalls eine Einnahmen-Ausgaben-Struktur, aber sie war gegliedert in Abschnitte bzw. Unterabschnitte, die in Anlehnung an eine Kostenstellenstruktur gewählt wurde. Der Vorteil war, dass dadurch eine höhere Transparenz in der Arbeitsstruktur des BUND und deren finanzieller Auswirkungen entstand.

Dies war insbesondere hinsichtlich der Zunahme der BUND-Projekte wichtig, die (auch) durch die Förderung durch die Arbeitsverwaltung in den 1980er und 1990er Jahren finanzielle Unterstützung fanden. Der BUND in Niedersachsen verstärkte die natur- und umweltpolitische Arbeit allgemein ebenso

wie in vielfältigen Naturschutzprojekten in der „Fläche“ des Landes. Eine relevante Einnahmequelle für die Landesgeschäftsstelle sowie für die Kreisgruppen des BUND waren damals Zuwendungen von so genannten Bußgeldern durch Gerichte, die aber im Laufe der Jahre leider wieder deutlich geringer wurden. Auf der anderen Seite waren die Anforderungen an die Projekt-Antragstellungen und –Abrechnungen in den ersten Jahren deutlich unbürokratischer als sie sich seit einigen Jahren und vor allem heute darstellen.

Die Finanzen gegen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre waren geprägt durch eine sehr gute Einnahmesituation, durch die der BUND erfolgreiche Kampagnen durchführen, neue Projekte ins Leben rufen und sich verstärkt für Umwelt und Natur einsetzen konnte.

Die rot-grüne Landesregierung erkannte den Wert der Arbeit der gemeinnützigen Natur- und Umweltschutzverbände an und unterstützte diese in den 1990er Jahren, indem sie eine institutionelle Verbändeförderung einführte, von der auch der BUND Landesverband Niedersachsen profitierte. Auf diesem Hintergrund entschied sich der BUND Niedersachsen dafür, die Schenkung der Burg Lenzen (Elbe) anzunehmen und daraus ein ökologisches Tagungszentrum zu entwickeln.

In dieser Zeit konnte der BUND Niedersachsen auch eine Vielzahl weiterer Projekte realisieren und in der Umweltbildung durch die Mitträgerschaft von mehreren Nationalpark-Häusern neue Standards in Niedersachsen setzen.

Die damit verbundene komplexer werdende Haushaltsüberwachung veranlasste den Verband Ende der 1990er Jahre, neben der bestehenden Haushaltsführung einen Wirtschaftsprüfer damit zu beauftragen, einen jährlichen Rechnungsabschluss mit Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen.

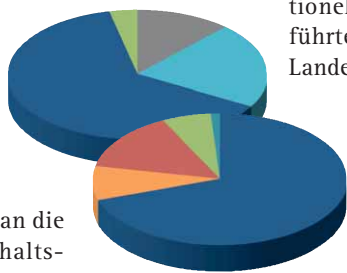
Der BUND gewann seit Beginn dieses Jahrtausends viele neue Mitglieder dazu

und weitete die umweltpolitische Arbeit auf allen Ebenen stark aus. Doch die Bußgeldeinnahmen gingen zurück und zum großen Verdruss der Naturschützer stoppte die CDU/FDP-Landesregierung im Jahr 2003 die institutionelle Förderung durch das Land. Der Landesverband musste deshalb finanziell umplanen.

Trotz aller Widrigkeiten ging die erfolgreiche Arbeit weiter: Das große Projekt „Burg Lenzen“ und einige weitere Projekte (Diepholzer Moorniederung, Natur-Bauernhof Wendbüdel, Nationalpark-Häuser etc.) konnten vorangetrieben werden. Dafür notwendige eingeworbene Fördermittel waren allerdings in der Regel an eine Eigenbeteiligung an der Projektfinanzierung geknüpft. Deshalb musste der BUND in erheblichem Umfang finanzielle Eigenmittel aufbringen, um diese Projekte verwirklichen zu können. Das Controlling der BUND-Finanzen wurde dabei immer komplexer. Aus diesem Grunde brachte der Landesvorstand weitere Steuerungs- und Controllinginstrumente für das betriebliche Rechnungswesen auf den Weg.

Die Sicherung und Stärkung der finanziellen Basis und damit die finanzielle Unabhängigkeit des BUND ist ein wichtiges strategisches Ziel, das der BUND gegenüber den Mitgliedern und Mitarbeitern sowie gegenüber der Öffentlichkeit zu verantworten und glaubwürdig zu vertreten hat. Der finanzielle Erfolg des BUND beruht auf dem Erfolg seiner Arbeit und darauf, dass viele Menschen diese Arbeit honorieren, indem sie die politischen Initiativen, Aktionen, Kampagnen, Projekte, die Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsarbeit etc. nicht nur ideell, sondern auch finanziell unterstützen und fördern.

Die Menschen, die den BUND mit ihrem Geld unterstützen, werden durch ihre Zuwendung Anteilseigner an der BUND-Unternehmung „Zukunftsfähiges Deutschland“, sie werden quasi zu „ecological shareholders“. Der BUND steht seinen Mitgliedern und Förderern gegenüber in einer treuhänderischen Pflicht der allzeit transparenten und umweltpolitisch glaubwürdigen Mittelverwendung.



Schutz des niedersächsischen Waldes: Zwei Schritte nach vorn, einer zurück

Vor ein paar Jahrhunderten war Deutschland noch großräumig von Wald bedeckt. Heute steht es um diesen Lebensraum nicht besonders gut. Dabei stellen naturnahe Wälder die Grundlage für das Vorkommen von über 30.000 Arten dar. Laut Waldzustandsbericht der Bundesregierung (2007) sind zwei Drittel des Waldes „sichtbar geschädigt“, rund 25 Prozent der Bäume sogar schwer geschädigt. **KARL-FRIEDRICH WEBER**, ehemaliges Vorstandsmitglied, erzählt, wie sich der BUND für den Wald eingesetzt hat.

Ein Drittel der Landesfläche Deutschlands ist mit Wald bedeckt. Die Menschen empfinden für ihren Wald eine traditionelle und manchmal geradezu mystische Verbundenheit. Im Verlauf von Jahrtausenden wandelten die ursprünglichen Urwälder, geformt durch die Nutzungsansprüche der Bevölkerung, immer wieder ihr Bild, bis hin zu den naturfernen, instabilen Nadelholz-Monokulturen, die auch noch in der Gegenwart das Bild vieler Waldgegenden dominieren.

Immer schon wehrten sich Forstleute und Naturschützer gegen eine Waldnutzung, die nur den Bodenreinertrag betrachtete und die vielen Wohlfahrtsfunktionen einer Waldnatur weitgehend unberücksichtigt ließ. 1976 berichtete der BfNuL beispielsweise in einer Veröffentlichung von den verheerenden Waldbränden 1975 und seinem darauf folgenden Einsatz für den Aufbau der Wälder nach ökologischen Grundsätzen.

In den 1970er und 1980er Jahren nahm der Einfluss dieser Persönlichkeiten stetig zu. Bundesweit namhafte Forstleute engagierten sich auch im BUND. Sie traten für eine gesellschaftliche Öffnung ein und betrachteten den Wald als eine Angelegenheit aller Bürger.

Das Thema einer überfälligen Waldwende war – auch durch die Diskussion rund ums Waldsterben – endlich in der Gesellschaft angekommen. 1991 beschloss die Niedersächsische Landesregierung ein Programm zur ökologischen Waldentwicklung. Als „Langfristige Ökologische Waldentwicklung“ (LÖWE) für den Landeswald stieß das Programm



Die Menschen fühlen sich ihren Wäldern stark verbunden. Der BUND setzt sich für einen nachhaltigen Wald in Niedersachsen ein. Foto: Maja Dumat/pixelio

beim BUND wegen seines modernen Ansatzes einer waldökologischen Betrachtung auf große Zustimmung. Mit den Niedersächsischen Landwirtschaftsministern der 1990er Jahre fanden regelmäßig ganztägige Waldfahrten verschiedener Forstämter statt. Ein konstruktiver Diskurs zwischen BUND und Regierung befruchtete eine hoffnungsvolle Entwicklung. Das ist inzwischen Geschichte.

Bereits Ende der 1990er Jahre änderte sich das Bild. Die volkswirtschaftliche, bewahrende Betrachtung einer wertvollen Naturressource wich dem betriebswirtschaftlichen Ziel einer hohen Geldrendite. Stark erhöhte Holzeinschläge insbesondere in den älteren Wäldern ließen die überwunden geglaubten Konflikte zwischen Rohstoffnutzung und Ökosystemschutz wieder aufbrechen. Die Großmaschinen, die heute zum Einsatz kommen, zerstören bei der Arbeit knapp ein Viertel des Waldbodens durch Befahren.

Das Bewusstsein dieser Problematik wächst in der Bevölkerung schneller als in früheren Jahren. Der BUND Niedersachsen hat gemeinsam mit anderen großen Umweltorganisationen immer wieder auf den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der gegenwärtigen Forstwirtschaft hingewiesen. Erst im Juni



Die Waldwirtschaft schadet mit ihren Großmaschinen dem Waldboden. Foto: Richard von Lenzano/pixelio

2010 hat sich der BUND wieder mit der Landesregierung auseinandergesetzt. Das Niedersächsische Forstministerium hatte zusammen mit verschiedenen Vertretern gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Interessengruppen das Positionspapier „Wälder für Niedersachsen – Wald, Forst- und Holzwirtschaft im Wandel“ unterzeichnet.

Der BUND Niedersachsen hat es schließlich nicht mitgezeichnet. Denn die darin formulierten Ziele waren nicht ausreichend. Die Erhaltung der niedersächsischen Erholungswälder, der biologischen Vielfalt und die Bewältigung des Klimawandels erfordern nämlich mehr als einen Minimalkonsens, in dem wirtschaftliche Ziele dominieren.



Ein Schäfer hütet seine Schafe in der Diepholzer Moorniederung, die der BUND seit langem pflegt. Die Tiere helfen dabei, die Moorlandschaft offen zu halten. Foto: BUND Diepholzer Moorniederung

14

Der Torfabbau ließ den Naturschützern keine Ruhe

Moore sind wertvolle Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten – doch die Moore selbst sind selten geworden. Sie gehören zu den stark bedrohten Lebensräumen. Seit dem 17. Jahrhundert werden Moore entwässert, um sie land- und forstwirtschaftlich zu nutzen und auszubeuten. Der BUND setzt sich seit seiner Gründung für den Schutz der Moore ein. Der Zoologe **DR. REINHARD LÖHMER**, stellvertretender Landesvorsitzender des BUND Niedersachsen, hat sich im Verband viele Jahrzehnte im Moorschutz engagiert – nicht nur theoretisch, sondern auch ganz praktisch. Er blickt zurück auf 50 Jahre Arbeit für den Erhalt der niedersächsischen Moore.

Die Gründer des „Bund für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen e.V.“ (BfNuL), allen voran Prof. Dr. Ernst

Preisung, waren in erster Linie Naturschützer. Sie mussten mit größter Sorge den Ausverkauf der für Niedersachsen so typischen Heide- und Moorlandschaften durch Kultivierung und industriellen Torfabbau miterleben.

Als dann 1955 auch noch ein Antrag gestellt wurde, aus dem wertvollsten Hochmoor Niedersachsens, dem Bissendorfer Moor vor den Toren Hannovers, Torf abzubauen, organisierte sich der Widerstand der heimatverbundenen Naturschützer. Von Anbeginn seiner Gründung unterstützte der BfNuL die Ablehnung des Abbauantrages durch die Untere Naturschutzbehörde und erwarb selbst Moorflächen, um im folgenden, jahrelangen Rechtsstreit beteiligt zu sein.

Der Einsatz wurde belohnt. Das Obergericht Lüneburg bestätigte 1973 in letzter Instanz die Antrags-

ablehnung. Damit war das am besten erhaltene Hochmoor Niedersachsens vor der Zerstörung gerettet. Dies war ein Meilenstein für den Moor- und Naturschutz in Niedersachsen und auch des BfNuL.

Durch das 1. Europäische Naturschutzjahr (1970) bekam auch der Natur- und Umweltschutz in Niedersachsen einen beträchtlichen Aufschwung. Das Interesse am Umweltschutz und der Rückhalt für dieses Thema in der Bevölkerung wuchsen. Und auch die Politik erkannte, dass viele Lebensräume und Lebensgemeinschaften gefährdet waren und dass dringend etwas getan werden musste, um die noch vorhandenen Moore zu sichern.

Für die Hochmoore wurde in den 1970er Jahren Inventur gemacht, an der sich auch Faunisten und Vegetations-

BfNuL wird Teil des
BUND Bundesverbands

1976

Bundesrepublik ratifiziert
Ramsar-Konvention

Lenelotte von Bothmer wird als
Vorsitzende wiedergewählt

Großdemonstration gegen
das geplante AKW in Grohnde

1977



Dr. Reinhard Löhmer engagiert sich seit langem im BUND, vor allem für die Moore, durch die er unter anderem Besuchergruppen führt (r.), und für die Störche (l.). Fotos: BUND

kundler aus den Reihen des BfNuL beteiligten. Ihre gesammelten Daten flossen in die naturschutzfachliche Bewertung von 88 Hochmooren ein, bei denen es Konflikte mit der Torfindustrie gab.

In einem langwierigen Abstimmungsverfahren zwischen Torfabbau und Naturschutz wurde schließlich festgelegt, welche Flächen zum weiteren Abbau freigegeben werden sollten, wie die Abbauflächen renaturiert werden sollten, und welche Flächenanteile für den Naturschutz unangetastet bleiben sollten. Die Ergebnisse sind im Niedersächsischen Moorschutzprogramm I (MSP I, 1981) enthalten. Fünf Jahre später folgte das zweite Moorschutzprogramm (MSP II, 1986), das vor allem den Schutz der Kleinstmoore zum Inhalt hatte.

Die Moore sind bis heute im Fokus des BUND geblieben. Im Emsland, im Elbe-Weser-Dreieck oder in der Hannoverischen Moorgeest haben viele BUND-Gruppen sich dem Moorschutz verschrieben – nicht nur verbal, sondern auch mit viel praktischem Einsatz in der Moorpflege. Heute wissen wir, dass damit nicht nur dem Naturschutz geholfen, sondern auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet wurde. Denn Moore binden Kohlendioxid, sie fungieren als CO₂-Senke und speichern weltweit betrachtet etwa doppelt so viel Kohlenstoff wie alle Waldregionen zusammen.

Auch in der Diepholzer Moorniederung gibt es wertvolle Moore, für deren Schutz sich der BUND einsetzt. Die BUND-Aktiven erkannten frühzeitig, dass der Moorschutz nur in enger Zusammenarbeit von amtlichem und ehrenamtlichem Naturschutz zu schaffen

war. Für den BUND stellte sich heraus, dass die Aufgaben so vielfältig waren, dass man sie allein mit ehrenamtlicher Arbeit nicht hätte bewältigen können. Daher stellte der BUND hauptamtliche Kräfte ein. 1983 gründete der Verband sein erstes großes Projekt Diepholzer Moorniederung, das unter der Leitung von Friedhelm Niemeyer kontinuierlich zu einem festen Bestandteil des Arten- und Flächenschutzes ausgebaut wurde.

Das Projekt Diepholzer Moorniederung

Der Naturraum Diepholzer Moorniederung ist rund 118.000 Hektar groß und umfasst ca. 24.000 Hektar Hochmoore. Insgesamt sind bereits etwas mehr als 24.000 Hektar als Naturschutzgebiet und Europäisches Schutzgebietsystem Natura 2000 (FFH- und Vogelschutzgebiet) geschützt. Doch davon wurden erst einige Flächen renaturiert.

Schon 1973 setzten sich ehrenamtliche Helfer der Faunistischen Arbeitsgemeinschaft Moore (FAM) für den Naturraum ein und kümmerten sich um dessen Pflege. Der BUND betreut hauptamtlich seit 1983 im Rahmen von Verträgen mit dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Minden-Lübbecke (Nordrhein-Westfalen) zahlreiche Naturschutzgebiete, mehr als 10.000 Hektar Hoch- und Niedermoore. Das Projektteam betreut die Moorflächen kontinuierlich und erfasst regelmäßig Bestände von Tier- und Pflanzenarten. Zu den Aufgaben gehören auch das Entfernen von Birken oder das Mähen der Flächen. Der BUND setzt sich in der

Heute werden in diesem Naturraum mehr als 10.500 Hektar Hoch- und Niedermoore sowie Heiden und Feuchtgrünland im Auftrag der Naturschutzverwaltung betreut, um das herausragende Inventar der Schutzgebiete zu sichern und zu entwickeln. Die Entwicklung zu einem bedeutenden Brut- und Rastgebiet des Kranichs ist nur ein Beleg für die geleistete Arbeit.

Diepholzer Moorniederung für den Erhalt der Moore und damit für den Erhalt der Biodiversität ein.

Denn die Folgen menschlicher Nutzung und Entwässerung bedrohen zahlreiche, zum Teil hoch spezialisierte Arten. Dazu gehören: Mittlerer und Rundblättriger Sonnentau, Moosbeere, Rosmarin- und Glockenheide, Hochmoorbläuling, Moorfrosch, Schlingnatter und Kreuzotter. Und mehr als 30 gefährdete Brutvogelarten sind hier heimisch, allen voran der Kranich.



In der Diepholzer Moorniederung lernen viele Schüler das Moor kennen. Foto: BUND Diepholzer Moorniederung

Ems, Weser, Elbe – für alle gilt (immer noch) dasselbe

Vom kleinen Bach zur großen Elbe: 50 Jahre BUND Niedersachsen bedeuten jahrzehntelange Arbeit für saubere, artenreiche Gewässer. Denn insbesondere durch die intensive Landwirtschaft sind viele Gewässer in keinem guten Zustand, obwohl die Wasserrahmenrichtlinie ei-

nen „guten Zustand“ bis 2015 vorschreibt. Begradigung und Uferverbau schneiden zudem viele Flüsse von ihrer Aue ab. Die großen Flüsse wie Elbe, Weser und Ems wurden in den vergangenen Jahrzehnten immer tiefer ausgebaggert, um immer größeren Schiffen freie Fahrt zu

bieten. Besonders an der Ems, die für die Kreuzfahrtschiffe der Meyer Werft aufgestaut wird, gab es für den BUND viel zu tun. **CARL-WILHELM BODENSTEIN-DRESLER, VERA KONERMANN, GERD WACH** und **REINHART GÜNZEL** berichten vom Einsatz für die niedersächsischen Gewässer.

Die Ems: Vom Fisch-Paradies zum Fisch-Friedhof

„Ems, Weser, Elbe – für alle gilt dasselbe ...“ titelt eine 2007 von den BUND Landesverbänden Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein herausgegebene Broschüre über Flussvertiefungen und ihre Folgen. Alle drei Flussmündungen werden seit Jahrzehnten den immer größer werdenden Schiffen angepasst.

An der Ems waren die Folgen besonders gravierend. Dem Fluss wurde noch in den 80er Jahren eine gute Wasserqualität und ein großer Fischreichtum attestiert. Heute gilt die Unterems als abschreckendes Beispiel dafür, wie zahlreiche wasserbauliche Veränderungen das hydromorphologische und ökologische Gleichgewicht eines Flusses zerstören können.

Das Schicksal der Ems wurde vor

ser Standort-Manifestation einer Großwerft 70 Flusskilometer von der Nordsee entfernt muss die Ems unterhalb von Papenburg für die Überführung neuer Schiffe erhalten. Um die immer größer werdenden Kreuzfahrtschiffe zum Meer zu bringen, wurde wiederholt rücksichtslos in das Ökosystem des Flusses eingegriffen. Vier Flussvertiefungen zwischen 1984 und 1995 haben die Ems von einer der ökologisch wertvollsten Flussmündungen Deutschlands zu einem Sanierungsfall werden lassen.

Ausgehend von Schiffstiefgängen von 4,80 Metern zu Beginn der 1980er Jahre wurde die kleine Ems im Rahmen diverser Planfeststellungsverfahren vertieft und überformt. Mit dem Bau des Emssperrwerks bei Gandersum zwischen 1998 bis 2002 kam noch ein Stauwehr zur Überführungstiefenverbesserung hinzu. Heute können 8,50 Meter tiefgehende Schiffe der Postpanamax-Klasse die kleine Ems passieren – Schiffe, die aufgrund ihrer Länge und Breite nicht einmal mehr durch den Panamakanal passen. Gerade diese offensichtliche Absurdität der Dimension von Fluss zu Schiff macht die Schiffsüberführungen für viele Zuschauer zu einem Spektakel.

Seit den Vertiefungen muss die Ems viel öfter ausgebaggert werden. Die

Unterems ist aus der Balance geraten, hat sich mit Schwebstoffen regelrecht aufgeladen. Dies sind die Folgen, vor denen der BUND in zahlreichen Verfahren stets gewarnt hatte.

Heute sind im Wasser der Unterems hundert Mal mehr Schwebstoffe als in den Flussmündungen von Elbe und Weser zu finden – mit fatalen Folgen für den Sauerstoffhaushalt: Insbesondere zwischen Leer und Papenburg sinken die Sauerstoffwerte seit Mitte der 1990er Jahre jedes Jahr im Sommer so dramatisch, dass dort weder Fische noch Kleinstlebewesen überleben können.

Nachdem durch 25 Jahre lange Konfrontation und juristische Auseinandersetzungen die Ems nicht gerettet werden konnte, gingen BUND und WWF 2008 auf die Meyer Werft zu. Die Umweltverbände erinnerten die Werft an ihre unternehmerische Verantwortung für nachhaltiges Handeln.

Zugleich wurde der damalige Ministerpräsident Wulff um Unterstützung seitens des Landes gebeten. Als ersten konkreten Schritt haben Umweltverbände und Meyer Werft 2009 eine Vereinbarung zum Vogelschutz geschlossen. Die Vereinbarung beinhaltet, dass die Werft die Brutzeiten der geschützten Vögel in den Vorländern der Ems respektiert. Außerdem hat sich die Werft verpflichtet, für mindestens 30 Jahre während der Hauptbrutzeit keine großen Schiffe zu überführen, für die die europäischen Vogelschutzgebiete überflutet werden müssten. Seither suchen Verbände, Werft, Landkreise und Land nach Lösungen zur Verbesserung der Gewässergüte und zur Reduzierung der Verschlickung.

16



1974 durch eine Entscheidung der Meyer Werft besiegelt: Das Unternehmen zog nicht an die Küste, sondern verlagerte seinen Standort innerhalb der Stadt Papenburg. Aufgrund die-

alem

EU verabschiedet
Vogelschutz-Richtlinie

Satzungsänderung zur
Gründung von Kreisgruppen

Lenelotte von Bothmer als Vorsitzende bestätigt

Teilweise Kernschmelze im AKW Harrisburg/USA

Räumung des Hüttendorfes der Freien Republik Wendland



Die Elbe verfügt noch über Naturschätze wie Eckhard Seebaß vom BUND Lüchow-Dannenberg den Journalisten zeigt. Doch der Fluss leidet vielerorts durch Vertiefungen. Foto: BUND

Vertiefungen von Weser und Elbe sind überflüssig

Die Planungen für Flussvertiefungen für Außen- und Unterweser und die Unterelbe gehen ungebremst weiter. Ein völlig neuer seeschifftiefer Hafen in Wilhelmshaven – als Alternative von der Politik angepriesen – bremst den unkontrollierten Wettbewerb zwischen den Häfen Hamburg und Bremen bisher nicht. Und die Umweltverbände müssen voraussichtlich erneut auf das Instrument der Klage zurückgreifen, weil der Schutz der Natur von der Politik vernachlässigt wird, um angeblich Arbeitsplätze zu sichern.

Bereits 2002 hatte Hamburg beim Bundesverkehrsminister die „Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe“ beantragt, um einen maximalen Tiefgang von 14,50/14,80 Meter (salzwasser-/süßwasserbezogen) auch für den auslaufenden Schiffsverkehr zu ermöglichen. Doch bei einlaufendem Hochwasser sind schon heute entsprechende Tiefgänge möglich, und bislang hat kein einziges der immer größer werdenden Containerschiffe einen Tiefgang von mehr als 14,30/14,60 Metern erreicht. Deshalb ist die geplante Vertiefung überdimensioniert und angesichts des bald fertig gestellten Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven erst recht überflüssig.

Hamburg und Bremerhaven werden schon heute von den großen Containerschiffen angelaufen, diese sind allerdings nicht voll beladen. Und dafür gibt es einen Grund, der nichts mit der Flusstiefe zu tun hat: Die beiden Häfen werden von Schiffen auf der so genannten Nordrangeroute, den Häfen zwischen Le Havre und Hamburg, in der Regel zuletzt angelaufen. Das heißt, sie wurden vorher in anderen Häfen bereits teilladen.

Insbesondere auf dem Rückweg nach Ostasien nimmt der Anteil an Leercontainern auf mittlerweile über 20 Prozent immer weiter zu, wodurch die realen Tiefgänge großer Containerschiffe wesentlich geringer ausfallen, als ursprünglich angenommen. Dennoch will man beim bisherigen Vertiefungsziel keine Abstriche machen.

Beide Häfen behaupten, ansonsten nicht wettbewerbsfähig zu sein, was durch Umschlagszuwächse, die innerhalb der Nordrange gewonnenen Ladungsanteile und mehrere Reederbefragungen widerlegt wird. Antwerpen, einer der Hauptkonkurrenten hat sich bei der aktuellen Scheldevertiefung mit einem tideunabhängigen Schiffsverkehr von 13,10 Meter begnügt. Doch Hamburg und Bremerhaven reicht das nicht aus.

Wegen der gravierenden Beeinträchtigungen der Umwelt hat sich der BUND seit Beginn der Planungen gegen die Vertiefungen an Weser und Elbe gewendet und die seit 2006 laufenden Planfeststellungsverfahren mit Stellungnahmen kritisch begleitet.

Die um bis zu 2,42 Meter geplante Vertiefung der Tidelbe würde den Steuerzahler mindestens 400 Millionen Euro kosten. Hydrologische, morphologische und ökologische Bedingungen in der Elbe würden dadurch weiter verschlechtert. Eine Vielzahl europäischer Schutzgebiete würde teilweise erheblich beeinträchtigt, deshalb muss auch die EU-Kommission beteiligt werden.

Die geplanten Vertiefungen der Elbe und Weser verstoßen gegen europäisches und nationales Umweltrecht. Und Alternativen gibt es durch den 2012 fertig gestellten Tiefwasserhafen Jade-Weser-Port im benachbarten Wilhelmshaven. Für die geplanten Weservertiefungen liegt den beteiligten Ländern Niedersachsen und Bremen bereits der Entwurf des Planfeststellungsbeschlusses vor. Dagegen hat der BUND Klage angedroht. Der Einsatz des BUND zum Schutz der Flüsse bleibt also auch in den kommenden Jahren nötig.

Wasserrahmenrichtlinie: Der große Sprung ins Wasser

Deutschland ist ein Kulturland, nicht nur wegen Goethe oder Karl Marx, sondern auch wegen seiner Kulturlandschaft, die seit über 1000 Jahren derart genutzt und verändert wurde, dass heute nahezu kein Quadratmeter noch ursprünglich ist. Das gilt auch für alle Gewässer.

Man kann sich vorstellen, wie erstaunt verantwortliche Kreise und Bürger waren, als die Europäische Union vor zehn Jahren ihre Mitgliedsstaaten verpflichtete, ihre Oberflächengewässer in einen Zustand zu überführen, der nur gering vom Menschen beeinflusst sein darf. Die so genannte Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurde einstimmig von den Regierungen beschlossen. Die als „guter



Das Projekt WASSERNETZ brachte Gewässerexperten aus ganz Niedersachsen zusammen. Foto: Moritz Busse

Zustand“ bezeichnete Eigenschaft soll bis Ende 2015 erreicht sein. Doch reist man heute, 2011, durch Niedersachsen, fallen kaum Verbesserungen an unseren Bächen und Flüssen auf. Sie fanden auch nicht statt. Und das, obwohl ein Monitoring ergeben hat, dass über 80 Prozent der niedersächsischen Fließgewässer „sauerungsbedürftig“ oder nicht in einem „guten Zustand“ sind. Zudem wurden zwei Drittel des Grundwassers als „zu bessernder Status“ eingestuft, vor allem wegen zu hoher Nitratgehalte.

Den Behörden könnte man zugute halten, dass nach dem Fahrplan der Richtlinie, die in alle bundesdeutschen Wassergesetze aufgenommen wurde, bis 2015 noch Zeit ist, die Ziele zu erreichen. Betrachtet man aber die Bewirtschaftungspläne, die 2009 veröffentlicht wurden, findet man seitenlange Auflistungen der über 1400 niedersächsischen Wasserkörper mit diffusen Vermerken wie: „Wegen technischer Nichtdurchführbarkeit und natürlicher Gegebenheiten ist der gute Zustand bis 2015 nicht erreichbar, und es wird eine Verlängerung der Frist um sechs bzw. zwölf Jahre als notwendig angesehen.“ Eine merkliche Verbesserung der ökologischen Situation der Oberflächengewässer wird daher in den nächsten Jahren nicht eintreten.



Kein „guter Zustand“ nach der WRRL: Ein Silage-Schlammplatz reicht bis knapp ans Wasser. Foto: Gerhard Intemann

Der auch nach der WRRL zulässige Ausnahme-Tatbestand „wegen außergewöhnlich hoher Kosten“ wird in den Bewirtschaftungsplänen kaum angeführt. Es wurde wohl befürchtet, dass dies in einem so reichen EU-Staat vor der Europäischen Kommission keinen Bestand haben könnte.

Viele Gewässerschützer sahen in der Richtlinie zunächst ein „Geschenk aus Brüssel“ und versprachen sich vom neuen Wasserrecht die schon lange geforderte Befreiung der Bäche aus ihrem Korsett harter Unterhaltung und fehlendem natürlichen Baumbestand. Und sie hofften auf die Rückgabe eines Teils der verloren gegangenen Auen. Es bestanden berechnete Hoffnungen auf wieder artenreiche Gewässerlandschaften.

Vor zehn Jahren, im frühen Stadium der WRRL-Umsetzung, entpuppte sich die Wasserhoheit der Bundesländer als innovatives Element zur Realisierung der Richtlinien-Ziele. Viele Länder entwickelten eigene Konzepte und Strukturen zu deren Umsetzung. Der BUND befürwortete das Konzept Schleswig-Holsteins, das früh darauf setzte, Arbeitsgruppen in den jeweiligen Teileinzugsgebieten zu bilden, in denen die wichtigen Interessenvertreter vertreten sein und der örtliche sowie der landesweite Naturschutz je eine Stimme haben sollten.

Um dieses Konzept auch in Niedersachsen zu realisieren, war es vor allem nötig, dass sich die 13 anerkannten Natur- und Umweltschutzverbände landesweit auf Vertreter in den vom Niedersächsischen Landesamt für Ökologie (NLÖ) aufgeteilten Flussgebieten von Ems, Weser und Elbe in 32 Teileinzugsgebieten einigten. Als schwieriger stellte es sich heraus, allorts ehrenamtliche Wasserexperten zu finden, die in den Gremien mitarbeiten sollten.

Deswegen startete der BUND Niedersachsen ein überverbandliches Projekt „WASSERNETZ Niedersachsen/Bremen“, mit dem erreicht wurde, dass Anfang 2005 in fast allen Teilgebieten Gewässerexperten (auch als Leuchttürme bezeichnet) gefunden und miteinander vernetzt wurden.

Inzwischen war auch das Niedersächsische Umweltministerium vom Konzept einer mit Interessenvertretern besetzten Arbeitsgruppe überzeugt, und

beschloss die Bildung von „Gebietskooperationen“ entsprechend dem schleswig-holsteinischen Modell. Doch nur wenige dieser Kooperationen entwickelten sich zu echten Arbeitsgruppen. Das lag an der Umorganisation des NLÖ und den aufgelösten Bezirksregierungen zum neuen „Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz“ (NLWKN) sowie an der Lob-

byarbeit der Landwirtschaft und der Wasserverbände.

Problematisch war, dass die WASERNETZ-Vertreter kaum Partner in den Gremien fanden, denn im Gegensatz zu Schleswig-Holstein gab es nur einen Naturschutzvertreter. So wurden die Sitzungen meist nur von Verlautbarungen der Behörden dominiert. Es stellte sich heraus, dass somit eine schnelle Verbes-

serung des Zustands der niedersächsischen Gewässer nicht zu realisieren war. So scheint die WRRL mittelfristig an der Beharrlichkeit bestehender Strukturen und dem politischen Desinteresse an den Gewässern zu scheitern. Der BUND wird sich dennoch weiter für deren Umsetzung stark machen.



Das „Schiff für die Umwelt“ fuhr auf der Elbe bis in die damalige Tschechoslowakei. Foto: BUND

Für den Schutz der Elbe: Christen und Naturschützer in einem Boot

Der BUND Niedersachsen hat sich 1990 mit dem Ökumenischen Arbeitskreis „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ Lüneburg zusammengetan, um auf die Probleme des Lebensraums Elbe aufmerksam zu machen. Zuvor waren die Lüneburger beim Besuch der 1. Europäischen Ökumenischen Versammlung 1989 in Basel mit engagierten Christen aus Dresden und der damaligen Tschechoslowakei zusammengetroffen. Dabei wurde eine Idee geboren: Die Idee eines grenzübergreifenden Elbe-Projekts.

Schon kurze Zeit später fiel die Mauer, und in den osteuropäischen Staaten wurden demokratische Regierungen gewählt. Und aus der DDR wurden die

Neuen Bundesländer. Die Elbe floss nun durch acht Länder: Böhmen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Erst diese politische Wende machte ein gemeinsames Handeln von Tschechen, Ost- und Westdeutschen möglich.

Die Akteure ließen nicht locker, bis sie genug Unterstützer gefunden hatten, um ein Schiff zu organisieren, das von Ort zu Ort an der Elbe entlangfuhr und anlegte, um auf die ökologischen Probleme der Elblandschaft aufmerksam zu machen. An Bord befand sich eine schwimmende Ausstellung zu den Problemen des Flusses. Von der Quelle bis zur Mündung, zu Wasser und zu Land

Gespräche, Gottesdienste, Aktionen – das „Schiff für die Umwelt“ informierte die Menschen an der Elbe über ihren Fluss. Der ökumenische Arbeitskreis und der BUND Lüneburg sowie zahlreiche Gruppen entlang der Elbe bereiteten die Ankunft an 30 Haltepunkten vor.

Das Projekt „Ein Schiff für die Umwelt“ bekam in dieser Situation des Umbruchs und des Neuanfangs erst einen richtigen Sinn. Die Elbe verbindet Prag, Dresden und Hamburg miteinander. Bereits einige Jahre vor der Wende waren diese Städte Partnerschaften miteinander eingegangen, die sich auf wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Bereiche erstrecken sollten. Die drei Bürgermeister übernahmen für das Projekt „Ein Schiff für die Umwelt“ die Schirmherrschaft. Neben vielen einzelnen Finanzierungshilfen hatte Hamburgs Senat wesentliche Anteile übernommen.

Auf der Fahrt wurde allen Bürgermeistern, Politikern und Kirchenleitern eine Flasche mit reinem Elb-Quellwasser mit der Bitte geschenkt, sich für die Reinhaltung der Elbe zu engagieren. Der BUND fordert bis heute ein länderübergreifendes Gesamtkonzept für die Elbe. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) unterstützt diese Forderung und hat erst kürzlich auf ihrer Synode im November 2010 den „Beschluss zum Gesamtkonzept Elbe“ gefasst.

Der Einsatz des BUND für die Elbe war mit dem „Schiff für die Umwelt“ aber nicht vorbei. Zwei Jahre später, 1993, wurde das Anliegen des Projektes mit einer Radtour von der Elbquelle bis zur Nordsee mit 140 Teilnehmern aus 5 verschiedenen Ländern vertieft. So war das „Schiff für die Umwelt“ ein großartiges Projekt für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.



Ein Bauer bringt Gülle auf einem Acker aus. Durch die Industrialisierung der Landwirtschaft ist in großen Teilen Niedersachsens zu viel Nitrat im Grundwasser. Foto: Tutto62/pixelio

Kehrtwende dringend nötig: Bauernhöfe statt Agrarfabriken

20

Je mehr die Landwirtschaft intensiviert wurde, umso größer wurden die Probleme für Umwelt und Natur: zerstörte Moore, zu viel Nitrat im Grundwasser, abgeholzte Wallhecken und ganz aktuell Dioxin in Hühnereiern. **TILMAN UHLENHAUT**, Landwirtschaftsreferent des BUND, schildert die Aktivitäten des BUND Niedersachsen.

Kurz bevor sich der „Bund für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen e.V.“ gründete, war die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gestartet. Erster Agrarkommissar wurde 1958 der Niederländer Sicco Mansholt. Er plante die Förderung von großen Strukturen in der Landwirtschaft und wollte damit die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft auf dem Weltmarkt verbessern.

Wichtige Bestandteile seiner Pläne waren die Vergrößerung der Flächen und die Reduktion der landwirtschaftlichen Betriebe – „wachsen oder weichen“ war sein Motto. Auch wenn sein niederländisches Konzept auf Widerstand traf, so wurden seine Grundgedanken doch 1962

in den Verhandlungen über die Integration der EWG aufgegriffen.

Damit war der Grundstein für eine Politik gelegt, die sich fortan für die Konzentration in der Landwirtschaft einsetzte. Die Strukturförderung steuerte die Landwirtschaft hin zur bodenunabhängigen, agrarindustriellen, weltmarktorientierten Produktion. Auf der Strecke blieben dabei bäuerliche Betriebe mit regionalen Vernetzungen.

Vorreiter dieser Entwicklung wurde Niedersachsen – insbesondere bei der Tierhaltung. Der Konzentrationsprozess auf große Strukturen in der Flächenbewirtschaftung hatte zur Folge, dass

- großräumig prägende Landschaftselemente mit Biotopverbundfunktionen beseitigt wurden,
- durch die bodenunabhängige Tierproduktion der globale Handel von Futtermitteln rasant wuchs und vielerorts das Grundwasser stark mit Nitrat belastet wurde,
- kleinere, regionale Strukturen im landwirtschaftlichen Wirtschaftskreislauf beseitigt wurden zugunsten großer, zentraler Einheiten bei Molkereien, Schlachthöfen und im Handel.

Diese Agrarpolitik war einer der größten Fehler der Politik im letzten Jahrhundert. Sie führte nicht nur zur Belastung von Umwelt und Natur, sondern auch zu Hunger in der Welt und zu vielerlei Gesundheitsproblemen in der Bevölkerung.

Anfänglich prangerte der BUND Niedersachsen den Verlust von Lebensräumen durch die Zerstörung von Landschaften und Landschaftselementen wie Mooren, Wallhecken und Gewässern öffentlich an. Diese Veränderungen der Natur- und Kulturlandschaften standen und stehen meistens im Zusammenhang mit einer Intensivierung der Landwirtschaft. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, rief der BUND einige wichtige Projekte ins Leben: Die Projekte „Diepholzer Moorniederung“, „Ackerwildkräuter“ (Schaumburg) und „Kräuterheu“ (Lüchow-Dannenberg) fanden hier ihren Ursprung und haben zum Teil noch heute eine große Bedeutung für den BUND Niedersachsen.

Mitte der 1970er Jahre veröffentlichte der Toxikologe Prof. Dr. Otmar Wassermann, dass das Grundwasser bereits in erheblichem Umfang mit Nitrat belastet war. Schuld daran sei die Über-

Bundesregierung will Schacht Konrad zum Atommüll-Endlager machen

Landesregierung verabschiedet 2. Moorschutzprogramm

Erfolgreiche BUND-Aktion gegen Ausbau des Dollarthafens

BUND organisiert „Konrad-Hearing“ in Salzgitter

BUND Niedersachsen bundesweit drittstärkster Landesverband

Europäischer Rat tagt in Hannover: BUND protestiert gegen Agrarpolitik

düngung durch die Landwirtschaft. Neben vielen anderen Skandalen war dies eine wichtige Motivation für die Gründer des BUND Niedersachsen neben dem Naturschutz auch dem Umweltschutz eine wichtige Rolle in der Verbandsarbeit einzuräumen.

Denn nur wenn Wasser, Boden und Luft sauber sind und die Nutzung durch den Menschen den natürlichen Kreisläufen angepasst ist, können auch Natur und Artenvielfalt erhalten werden.

Seit Mitte der 1980er Jahre mischte sich der BUND vermehrt in die europäische Agrarpolitik und deren Wirkung in Niedersachsen ein. Auf der Grundlage der „Aachener Erklärung“ startete der Landesverband zusammen mit der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL) ein Projekt zur Annäherung von Natur-, Umweltschutz und bäuerlicher Landwirtschaft sowie zur Entwicklung gemeinsamer Konzepte. Beispielhafte Aktionen gab es zu folgenden Themen:

- EU-Flächenstilllegung: BUND-Aktive – unter ihnen der damalige Vorsitzende des BUND Niedersachsen, Prof. Dr. Konrad Buchwald, und Josef Jacobi, der Vorsitzende der AbL, pflügten 1988 anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates in Hannover die Grünanlage am Waterloo-Platz um.
- Widerstand gegen die Massentierhaltung in Cloppenburg/Vechta. Der BUND gründete 1989 mit Partnern die Vermarktungsgesellschaft NEULAND und erarbeitete ein Programm für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung in Lüneburg
- 1994 setzte sich der BUND gegen die ersten gentechnischen Freisetzungsversuche von Zuckerrüben der Kleinwanzlebener Saatzucht ein.

Der BUND ist in Niedersachsen eine feste Größe im Spannungsfeld zwischen Umwelt und Landwirtschaft und trägt zu Konfliktlösungen bei. Als Wirtschafts- und Sozialpartner wird er bei der Umsetzung von europäischer Agrarpolitik in Niedersachsen gehört. Der BUND hat zudem als Befürworter des ökologischen Landbaus und als Kritiker der Massentierhaltung Gewicht und wirkt unter anderem durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu diesen Themen. Auch wenn sich gerade die niedersächsische Ernährungsindustrie und ihre Lobbyisten gegen ein weiteres „greening“ wehren, konnte der BUND gemeinsam mit Partnern dennoch Erfolge erzielen:

- Durch den vehementen Widerstand gegen die Agrar-Gentechnik wurde die Einführung bisher weitgehend verhindert.
- Die Umweltverbände haben viel dazu beigetragen, dass die Öffentlichkeit darüber informiert ist, dass Boden, Wasser und Luft durch Massentierhaltung belastet werden. Deshalb wehren sich auch mehr und mehr Menschen, ob in den Umweltverbänden, in Bürgerinitiativen oder durch ihr Einkaufsverhalten gegen die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft.
- Der unermüdliche Einsatz der Umweltverbände für ökologisch erzeugte Lebensmittel hatte Erfolg: Die Fläche des ökologischen Landbaus ist gewachsen, die Umwelt damit weniger Belastungen ausgesetzt, und die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln steigt und steigt.
- Agrarlobbyisten haben gemerkt, dass sie das Thema Ökologie ernst nehmen müssen.

Der BUND will eine stärker ökologische und regionale Versorgung mit Lebensmitteln in Niedersachsen erreichen sowie einen Strukturwandel bei der Erzeugung. Die Massentierhaltung soll nicht weiter ausgebaut werden, sondern einer bodengebundenen (Futter- und Wirtschaftsdünger) und artgerechten Tierhaltung Raum geben.

Fruchtfolgen auf den Feldern sollen wieder erweitert und mehr Reststoffe von Landwirtschaft und Landschaftspflege für die Energiegewinnung genutzt werden. Außerdem macht sich der BUND dafür stark, dass es künftig öffentliche Förderung aus Steuermitteln nur noch für wirklich gesellschaftlich erforderliche Leistungen in der Landwirtschaft geben darf. Und es muss endlich umgesetzt werden, dass zehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche vorrangig für besondere Natur- und Umweltziele bereitgestellt werden. Es gibt also noch viel zu tun!



Anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates 1988 in Hannover hatten BUND und AbL gegen die Flächenstilllegung protestiert und eine Grünanlage umgepflügt. Prof. Dr. Konrad Buchwald (l.), der damalige Landesvorsitzende, nahm teil. Foto: BUND



Massentierhaltung schadet nicht nur den Tieren, sondern auch der Umwelt. Foto: Nico Lubaczowski/pixelio

BUND legt Bildungskonzept für Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer vor

AKW Emsland in Lingen geht in Betrieb

BUND-Engagement gegen Jagd auf Rabenvogel

Carl-Wilhelm Bodenstern-Dresler wird Landesgeschäftsführer

BUND beteiligt sich an 6 Nationalpark-Häusern

BUND sammelt 20.000 Unterschriften gegen Austrocknung des Drömlings

BUND gründet mit Partnern NEULAND

In allen Landkreisen gibt es BUND-Gruppen

Atomkraft – BUND erst skeptisch, dann dagegen



Neue Techniken zur Energiegewinnung müssen erst einmal gründlich begutachtet werden. So kam es, dass der BUND Niedersachsen nicht gleich Anfang der 1960er Jahre vehement gegen Atomkraft protestierte. Die Verbandsvertreter mussten sich erst einmal mit dem Thema Atomkraft beschäftigen. Doch 1982

beschlossen sie, die Kernenergie grundsätzlich abzulehnen. Vorstandsmitglied **RENATE BACKHAUS** schildert, warum und wie der BUND sich gegen Atomkraft einsetzte. **THOMAS OHLENDORF** von der Kreisgruppe Salzgitter berichtet von der engagierten Arbeit der Kreisgruppe gegen Schacht Konrad.

Naturschutz verdrängte anfangs Atomkraft von der Tagesordnung

Als 1961 der „Bund für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen e.V.“ (BfNuL) gegründet wurde, geschah das fast gleichzeitig mit der Inbetriebnahme des ersten deutschen Atomkraftwerkes in Kahl am Main. Aber Atomkraft oder gar Widerstand gegen die so genannte friedliche Nutzung der Atomenergie war noch kein Thema beim BfNuL.

In alten Dokumenten ist zu lesen: „Die Sorge, naturschützerische Ziele und Aufgaben zu vernachlässigen, bestimmte die unentschiedene Haltung zur Atomenergie in den ersten Jahren. Die latent positive Haltung des BUND Niedersachsen zur Atomenergienutzung ist zunächst nicht Gegenstand innerverbandlicher Auseinandersetzungen. Über ein bedingtes ‚Nein‘ 1978 kam der damalige BfNuL zu einer grundsätzlichen Ablehnung der Atomenergie auf der Jahresvertreterversammlung 1982.“

Dazu beigetragen haben sicherlich die Ereignisse in Niedersachsen in den Jahren zuvor: Denn 1977 fand eine Großdemonstration gegen das geplante Atomkraftwerk in Grohnde statt, 1979 gab es den großen Treck der Bauern aus Lüchow-Dannenberg nach Hannover, um gegen das geplante „Nationale Entsorgungszentrum“ in Gorleben zu protestieren. Damals wurde auch die Kreisgruppe Lüchow-Dannenberg gegründet. Die Anti-Atompolitik ist seither ständiges Thema vor Ort und stärkt die Haltung des gesamten Landesverbandes.

Natürlich war das Thema Atomkraft kein alleiniges Thema des BUND Niedersachsen, sondern immer schon ein Thema, das gemeinsam mit dem BUND Bundesverband bearbeitet wurde. Und insbesondere einige Kreisgruppen, die von Endlager-Plänen oder AKW-Bauten betroffen waren, setzten sich vehement gegen Atomkraft ein.

Die eindeutige Positionierung des BUND gegen die Atomenergie war vor allem eine Reaktion auf den ersten atomaren Störfall in einem Kernkraftwerk, der sich am 28. März 1979 in den USA ereignete. Im Atomkraftwerk Harrisburg kam es zu einer teilweisen Kernschmelze des Atomreaktors.

Ein Jahr vorher war in Niedersachsen gerade das AKW Unterweser im Landkreis Wesermarsch in Betrieb genommen worden. 1982 wurde ein neuer Plan bekannt: Eine Wiederaufbereitungsanlage sollte im 30 Kilometer von Gorleben entfernten Dragahner Forst gebaut werden. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Anti-Atom-Arbeit des BUND Nieder-

sachsen schwerpunktmäßig in dieser Region stattfand. 1985 fiel dann die Entscheidung, dass nicht in Dragahn, sondern in Wackersdorf in Bayern die Wiederaufbereitungsanlage stehen solle.

1986 bekam die Anti-Atomkraft-Bewegung aus breiten Schichten der Bevölkerung Unterstützung. Grund dafür war die Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986, die das Vertrauen in diese hochriskante Technik tief erschütterte. Doch nur kurze Zeit später, im Jahr 1988, ging das AKW Emsland in Lingen in Betrieb. In dieser Zeit fand auch die Auseinandersetzung um Schacht Konrad in der Nähe von Salzgitter statt. In besonderer Weise hat sich die dortige Kreisgruppe gegen die Inbetriebnahme des Schachtes zur Einlagerung von Atommüll engagiert. Für diesen bemerkenswerten Einsatz hat der Landesverband Mitgliedern dieser Kreisgruppe die höchste Auszeichnung verliehen, die der BUND Niedersachsen zu vergeben hat: die Konrad-Buchwald-Medaille. Dies war ein deutliches Zeichen dafür, dass der Landesverband eindeutig auf der Seite der Atomkraftgegner steht.

Seit 1995, als der erste Castor nach Gorleben rollte, bis 2010, als der bisher letzte Castor dort ankam, waren Aktive des BUND vor Ort auf der Straße. Der Landesverband ehrte außerdem 1996 Graf von Bernstorff und 2001 Marianne Fritzen, die damalige Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, mit der silbernen Konrad-Buchwald-Medaille. Der BUND Niedersachsen hat damit nicht nur Dank und Anerkennung ausgesprochen, er hat auch ein Signal ge-



Thomas und Ingrid Ohlendorf von der Kreisgruppe Salzgitter kämpfen seit Jahrzehnten gegen Schacht Konrad. Foto: BUND

Gründung von JANUN

Hochharz in Sachsen-Anhalt wird Nationalpark

Prof. Alexander Gaede wird Landesvorsitzender

BUND sammelt Tausende Einwendungen gegen Schacht Konrad

Elbe: BUND schickt „Schiff für die Umwelt“ auf die Reise

Stromeinspeisungsgesetz: Anschlag für Windkraft

Rot-grüne Landesregierung beschließt „Langfristige Ökologische Waldentwicklung“ (LOEWE)

setzt, noch mehr mit anderen Verbänden, Initiativen und Gewerkschaften beim Thema Anti-Atomenergie zusammenzuarbeiten.

Zahlreiche BUND-Vertreter waren in den letzten Jahrzehnten im Anti-Atom-Kampf engagiert: Ob es um Demonstra-

tionen ging, um die Teilnahme an Erörterungsterminen für dezentrale Zwischenlager, um kritische Begleitung des Arbeitskreises Endlager, um Tagungen in der evangelischen Akademie in Loccum – der Landesverband des BUND war immer dabei. Und gerade in diesen

Tagen – im März 2011 – war der BUND besonders gefordert. Die Atomkatastrophe von Fukushima in Japan hat erneut verdeutlicht, dass aus einer erst zögerlichen Haltung zum Thema Atomkraft vor 50 Jahren heute eine eindeutige geworden: Atomkraft – nein danke!

Schacht Konrad erweckte eine Kreisgruppe zum Leben

Das Jahr 1986, als geplant wurde, Schacht Konrad in Salzgitter als Atommüll-Endlager einzurichten, war die Initialzündung für die Gründung der BUND-Kreisgruppe Salzgitter.

Die Salzgitteraner waren besorgt, denn Schacht Konrad liegt nicht nur bei Salzgitter – wie oft behauptet wird – sondern: Die Schachanlage Konrad II liegt mitten in Salzgitter, direkt am Gelände des Stahlwerkes mit seinen 6.000 Beschäftigten und etwa 800 Meter neben dem VW-Motorenwerk, wo rund 6.500 Menschen arbeiten. Und der Stadtteil Thiede mit mehr als 10.000 Einwohnern befindet sich gerade einmal 1.500 Meter entfernt vom Schacht Konrad, einige kleinere Ortsteile umgeben die Schachanlage sogar in wenigen Hundert Metern.

Deshalb engagieren sich seit 1986 die BUND-Mitglieder in Salzgitter insbesondere gegen die Einrichtung von Schacht Konrad und generell gegen Atomkraft. Schon 1987 organisierte der BUND mit anderen Gruppen das „Konrad-Hearing“ in Salzgitter, bei dem namhafte Wissenschaftler öffentlich ihre Ablehnung von Schacht Konrad kundtaten. Bis 1992 organisierte die Kreisgruppe immer wieder Vorträge zum Thema Atom und Endlagerung, unter anderem mit Dr. Detlef Appel, Prof. Dr. Roland Scholz, Prof. Dr. Klaus Traube.

Auf Initiative von Ingrid Ohlendorf fand 1989 beim BUND in Salzgitter das erste Treffen statt, um Sammeleinwendungen gegen das Endlager vorzubereiten. Die Kreisgruppe veröffentlichte zudem eine Broschüre, stellte Ausstellungen zum Thema Atom und Schacht Konrad auf die Beine, und die BUND-Strahlenkommission tagte auf Einladung der Kreisgruppe in Salzgitter.

Die Kreisgruppe blieb nicht allein, sondern schloss sich mit der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, dem Umweltschutzforum und anderen Gruppen zum „Bündnis gegen Konrad“ zusammen, das bis heute Demonstrationen und Protestmärsche organisiert.



Der BUND-Landesvorsitzende Prof. Alexander Gaede 1991 bei der Übergabe von insgesamt 290.000 Einwendungen gegen Schacht Konrad an die damalige Umweltministerin Monika Griefahn. Foto: BUND

1991 war es soweit, die Einwendungskampagne gegen Schacht Konrad begann. Von Salzgitter aus wurden mehr als 2.500 Einwendungsformulare versandt. Der BUND Salzgitter erhielt Einwendungen aus Schweden, England, Kanada und weiteren Ländern zurück. Die Aktiven der BUND-Kreisgruppe Salzgitter sammelten rund 10.000 Einwendungen, beim Landesverband wurden noch einmal 20.000 eingereicht. Nach einer Trecker-Sternfahrt überreichte der damalige Salzgitteraner Oberbürgermeister knapp 290.000 Einwendungen an Umweltministerin Monika Griefahn.

Mit der Gestaltung von mehreren Plakatwänden der Deutschen Städtereklame bereiteten die kreativen BUND-Aktiven im Spätsommer 1992 den Erörterungstermin in Salzgitter vor. Mitarbeiter des BUND-Landesverbandes und der Kreisgruppe Salzgitter marschierten am 25. September, in Strahlenanzüge verkleidet und Atomfässer rollend, zur Eröffnung ins Erörterungszelt.

Landesverband und Kreisgruppe begleiteten den Erörterungstermin täglich,

über mehrere Monate hinweg. 1993 endete der Erörterungstermin – und damit auch die Öffentlichkeitsbeteiligung. Das Verfahren verschwand für lange Zeit aus der öffentlichen Wahrnehmung.

Am 3. Juni 2002 wurde der Planfeststellungsbeschluss durch das Niedersächsische Umweltministerium erteilt. Die Stadt Salzgitter, die Gemeinden Vechelde und Lengede sowie die Landwirtschaftsfamilie Traube klagten gegen die Genehmigung vor dem Obergericht Lüneburg, dem Bundesverwaltungs- und dem Bundesverfassungsgericht.

Die Kreisgruppe hat den Kampf gegen Schacht Konrad noch nicht aufgegeben und organisiert weiterhin Demonstrationen sowie „Konrad-Gottesdienste“. 2009 organisierte die BUND-Gruppe zusammen mit vielen Partnern unter dem Motto „Wir bringen Licht ins Dunkel“ eine 52 Kilometer lange Lichterkette von Braunschweig über die Asse zum Schacht Konrad, an der 15.000 Menschen teilnahmen.

Wattenmeer, Elbe, Harz – Großer Einsatz für wertvolle Ökosysteme

Der BUND hat sich schon immer um den Schutz wertvoller Ökosysteme bemüht. Frühzeitig schaltete er sich bei der Gründung des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer ein, und nach der Wende machte er sich für einen Nationalpark Harz stark. Einen großen Anteil trägt er auch daran, dass die Elbtalau heute als Biosphärenreservat unter Schutz steht. **CARL-WILHELM BODENSTEIN-DRESLER** und **CARLA JUHRE** erzählen eine Erfolgsgeschichte.

Das ökologisch besonders wertvolle und sensible niedersächsische Wattenmeer und auch der Dollart stehen schon seit 1971 durch die so genannte Ramsar-Konvention als Feuchtgebiete internationaler Bedeutung unter Schutz. 1979 wurde ein erstes Gutachten veröffentlicht, das eine Zonierung des Gebietes vorschlug in besonders schutzwürdige und weniger schutzwürdige Teile.

Der ökologische Wert des Wattenmeers war zum Glück auch der damaligen Landesregierung bewusst. Und so gab das Niedersächsische Raumordnungsprogramm die Entwicklung eines Naturparks als landesplanerisches Ziel vor. Der Niedersächsische Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht setzte sich für einen Nationalpark ein, 1983 begannen die Planungen.

Der BUND spielte in der Folge eine wichtige Rolle. Das „Landesverwaltungsamt Naturschutz“ unter Dietrich Lüderwaldt, der nach seiner Pensionierung Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BUND Niedersachsen war, trieb unter anderem mit Holger We-

semüller die Festlegung der Gebietskulisse voran.

Aber welche Regeln sollten im Nationalpark gelten? 1984/1985 waren BUND, WWF, NABU, Mellumrat und andere intensiv in die Debatte um den Entwurf der Nationalpark-Verordnung eingebunden. Eine gemeinsame „Arbeitsgruppe Nationalpark“ entstand. Für den BUND Niedersachsen arbeiteten in dieser Gruppe unter anderem Carl-Wilhelm Bodenstedt und Fachleute wie Dr. Eike Rachor, Vorsitzender der Kreisgruppe Unterweser, sowie Peter Dost von der Kreisgruppe Cuxhaven mit. Niedersachsen nahm – anders als Schleswig-Holstein – sogleich die Inseln in den Nationalpark mit auf, ein weitsichtiges Vorgehen.

Der Nationalpark war in der Küstenregion umstritten, es geisterten Argumente umher, dass die Wirtschaft Probleme bekommen würde, Arbeitsplätze wegfallen könnten und die gesamte Region dadurch einen Niedergang erleiden würde. Die Bürger fürchteten, Ihre Region würde aller Entwicklungsmöglichkeiten und Freiheiten beraubt. Es kam daher vor allem auf eine gute Kommunikation mit der Bevölkerung und den Touristen an. Sie alle mussten darüber aufgeklärt werden, warum dieses Stück Erde so wichtig ist für den Naturschutz und warum sie zu dessen Schutz beitragen sollten.

Deshalb musste ein Konzept für Umweltbildungs- und Besucherinformationen im Nationalpark geschaffen werden. Auch dafür gab es eine Arbeitsgruppe unter Federführung des WWF, in der auch der BUND vertreten war. Das Konzept wurde vom Land weitestgehend übernommen und war für den BUND ein voller Erfolg: Die heutigen 14 Nationalpark-Häuser und -zentren an der Küste sind das Ergebnis.

Jahrelange Diskussionen mit der Bevölkerung begleiteten die Entstehung des Nationalparks. Am 1. Januar 1986 trat die Nationalpark-Verordnung in Kraft, eine 288.000 Hektar große Fläche steht seitdem unter strengem Schutz. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Ängste der Menschen unbegründet waren:

Heute werben die Kommunen an der Nordsee mit ihrem Nationalpark und ihrer wertvollen Natur. Die Erfolgsgeschichte, zu der der BUND beigetragen hat, gipfelte 2010 darin, dass auch die UNESCO das Wattenmeer als besonders wertvoll einstufte und ihm den Titel „Weltnaturerbe“ verlieh.

Doch wenn auch auf den ersten Blick alles gut aussieht im Nationalpark: Der BUND sieht die Notwendigkeit, sich weiterhin für den Schutz des sensiblen Ökosystems einzusetzen. Denn es gibt nach wie vor Bedrohungen durch zunehmende Gästezahlen, unverständige Besucher, immer neue Nutzungsinteressen durch Sportler und nicht zu vergessen durch Schiffsunglücke und Offshore-Windparks. Zum 25-jährigen Jubiläum des Nationalparks am 1. Januar 2011 nahm der BUND daher die Rolle des Wächters ein und kritisierte die teils unzureichenden Schutzmaßnahmen.

Mit der Wiedervereinigung rückten zwei weitere wichtige Naturlandschaften in den Fokus des BUND Niedersachsen: der zuvor geteilte Harz und der ehemalige Grenzfluss, die Elbe, die damals der letzte nicht ausgebaute innerdeutsche Strom war. In diesen beiden Naturräumen gab es noch großräumig unberührte Natur. So entstand die Idee, zwei weitere Nationalparke zu schaffen, damit sich diese Natur weiterhin ohne störende Eingriffe entwickeln kann.

Der Nationalpark Hochharz in Sachsen-Anhalt wurde bereits am 1. Oktober 1990 aufgrund eines Ministerratsbeschlusses der letzten DDR-Regierung ausgewiesen. Der Park umfasste zunächst nur den Brocken und seine Umgebung bis Schierke im Süden. Bis auch auf niedersächsischer Seite ein Nationalpark geschaffen wurde, gingen einige Jahre ins Land. Der BUND sprach sich seit der Wende dafür aus und hatte mit Dr. Friedhart Knolle in der Kreisgruppe Goslar einen fachkundigen und beredten Kämpfer für einen Nationalpark.

Die rot-grüne Landesregierung mit Monika Griefahn als Umweltministerin setzte sich mit den Umweltverbänden für einen Nationalpark auch im Westharz



Seit 2010 bietet das BUND-Nationalpark-Haus Dornumersiel eine neue spannende Ausstellung. Foto: BUND



Durch den Harz verlief lange Jahre die innerdeutsche Grenze. Heute genießt der Harz Schutzstatus als Nationalpark, in dem sich die Natur wieder ohne menschliche Eingriffe entwickeln kann. Foto: Luise/pixelio

ein. Doch das Landwirtschaftsministerium war skeptisch, und wieder waren die Bürger vor Ort in Sorge um das Entwicklungspotenzial ihrer Heimat. Der damalige BUND-Landesvorsitzende, Prof. Alexander Gaede, und Landesgeschäftsführer Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler führten zahlreiche Gespräche in Ministerien, im Landtag und begleiteten die öffentlichen Veranstaltungen im Harz.

Der Einsatz hatte Erfolg: Der niedersächsische Teil des Nationalparks wurde am 1. Januar 1994 ins Leben gerufen. Der BUND eröffnete am Standort Torfhaus im so genannten Hexenhaus das erste Nationalpark-Haus, um die Besucher über das wertvolle Ökosystem und zum Beispiel die natürliche Dynamik eines Waldes zu informieren. Mit der Gemeinde Sankt Andreasberg und der Gesellschaft zur Förderung des Nationalparks Harz e.V. (GFN) baute der BUND 1998 ein weiteres Nationalpark-Haus, das allerdings 2008 trotz bester Zusammenarbeit in der Trägergemeinschaft auf Weisung des Ministers Hans-Heinrich Sander an den NABU abgetreten wurde.

Obwohl man schon seit der Wende von einem gemeinsamen Nationalparkprojekt beider Länder sprach, dauerte es

viele Jahre bis zur Umsetzung. Der heutige länderübergreifende Nationalpark Harz entstand erst 2006 durch die Fusion der beiden vorherigen Nationalparke. Zwei Jahre später bauten BUND Niedersachsen und die GFN ein neues Besucherzentrum namens „TorfHaus“ am Großparkplatz Torfhaus. 160.000 Besucher schauten sich im Eröffnungsjahr die neue Ausstellung an, der Ansturm übertraf alle Erwartungen.

Mit der Wende ruhten die Augen der Naturschützer auf der Elbe, ihren Auen und angrenzenden Geesten. Am Grenzfluss waren viele Naturschätze geblieben, und die Idee des „Grünen Bandes“ entlang der ehemaligen Grenze und eines lebendigen Flusses war bereits geboren.

Der BUND und die anderen Naturschutzverbände in Niedersachsen wünschten sich wegen des hohen Naturschutzpotentials für die niedersächsische Elbtalaue ebenfalls einen Nationalpark. Um den ökologischen Wert der gesamten Elbe in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, organisierte der BUND zusammen mit Partnern ein Schiff, das als „Schiff für die Umwelt“ den Fluss entlang fuhr, um von Ort zu Ort auf die Naturschätze aufmerksam zu ma-

chen (siehe S. 19). Das Ziel war fast erreicht: Unter dem damaligen Niedersächsischen Umweltminister Wolfgang Jüttner wurde 1997 ein Elbe-Nationalpark geschaffen, doch Kritiker klagten dagegen.

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg erklärte den Nationalpark 1999 für nichtig. Doch der BUND ließ nicht locker. Wenige Tage nach dem Gerichtsurteil trafen sich Landesgeschäftsführer Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler und NABU-Kollege Olaf Tschimpke mit Minister Jüttner. Sie entwickelten den Plan, statt eines Nationalparks ein Biosphärenreservat einzurichten, dessen Kernzone sich an den Grenzen des gescheiterten Nationalparks orientieren sollte.

Aus Enttäuschung wurde Freude: Am 23. November 2002 trat das „Gesetz über das Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalaue“ in Kraft, nachdem es vom Niedersächsischen Landtag verabschiedet worden war. Erstmals wurde dabei dieser Schutzstatus auf der Grundlage von § 25 des Bundesnaturschutzgesetzes umgesetzt. Das MAB-UNESCO Biosphärenreservat steht heute vom Wehr Geesthacht bis an die tschechische Grenze unter Schutz.

BUND als Visionär: Energiegewinnung ohne Umweltzerstörung

In der Gründungszeit des BfNuL spielte das Thema Energie kaum eine Rolle. Doch spätestens mit der aufflammenden Diskussion um die Atomenergie änderte sich das. Der BUND setzt sich seit langem für Erneuerbare Energien und vor allem für die Einsparung von Energie ein. **MICHAEL KRALEMANN** blickt zurück auf die vergangenen zwei Jahrzehnte und die Themen im BUND-Arbeitskreis Energie.

Die Themen im Bereich Energie waren in den letzten 20 Jahren von dem Dreiklang geprägt, der die BUND-Position ausmacht: Einsparung, effiziente Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Die Ausprägungen haben sich naturgemäß sehr verändert und waren sowohl von der politischen Diskussion als auch vom technischen Vorschritt bestimmt.

Während 1995 noch für eine kostendeckende Vergütung bei der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gekämpft wurde, stellt dies heute – nach 12 Jahren Stromeinspeisegesetz und Erneuerbare-Energien-Gesetz – eine Selbstverständlichkeit dar, die Niedersachsen einen Anteil von 23 Prozent an der Stromerzeugung beschert hat. Das Land liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 16 Prozent.

Niedersachsen nutzt damit seine natürlichen Möglichkeiten zur Energiegewinnung. Dass dies aber im Einklang

mit den Belangen von Umwelt- und Naturschutz geschieht, ist dem BUND ein besonders großes Anliegen. Auch diese Diskussion begleitet den Verband seit 20 Jahren. Das Pro und Contra wurde zunächst bei der Windenergie diskutiert – zunächst an der Küste, später im Binnenland. Inzwischen stehen die ersten Windkraftanlagen zum Repowering an, dies bietet die Chance zum Ausmerzen alter Fehler, darf aber nicht als Verhinderungstaktik missbraucht werden.

So erscheint die Anfang der 1990er aufgestellte Forderung, Windräder dürfen an der Küste nicht höher sein als ortstypische Bäume, heute als Meldung aus dem Kuriositätenkabinett. Später hat uns das Thema erneuerbare Energiequellen/Naturschutz bei der Wasserkraft stark beschäftigt, derzeit steht Biogas im Vordergrund. Die BUND-Energieexperten im Arbeitskreis organisierten daher Exkursionen zu beispielhaften Anlagen.

Als der liberalisierte Energiemarkt die Möglichkeit bot, Ökostrom zu beziehen, galt es, die wirklich wirkungsvollen Angebote von den Mogelpackungen zu unterscheiden und dieses Wissen an eine breite Öffentlichkeit weiterzugeben – durch Podiumsdiskussionen, Pressemitteilungen und Mitgliederanschriften. Erneuerbare Energiequellen können natürlich nur dann einen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung leisten, wenn parallel zum Ausbau der Verbrauch drastisch sinkt. Darauf weist der BUND seit vielen Jahren hin, diese Aufgabe ist ein Dauerbrenner der Verbandsarbeit – z.B. durch die Verleihung des Gütesiegels „Energiesparendes Krankenhaus“ an die Häuser in Neustadt und Lüchow oder bei langfristigen Projekten.

Der Arbeitskreis Energie im BUND versteht sich als Fachgremium für sein Thema – als kritischer Begleiter der Landespolitik, als Initiator von Energieprojekten und als Dienstleister der Kreisgruppen. Letzteres war aufgrund begrenzter Kapazitäten der Ehrenamtlichen leider nicht so erfolgreich wie gewünscht – sei es mit Vorträgen, Qualifizierungskursen, kommunalpolitischen Initiativen oder Seminaren.



Mit dem Stromeinspeisungsgesetz begann der Aufschwung der Windenergie. Foto: Peter Kirchhoff/pixelio

Bei langfristigen Projekten sind dagegen die „Energiebausteine“ mit der Ev.-luth. Landeskirche Hannover, die „Energiebasisberater“ mit dem Verband für Wohneigentum und die „Solarqualifizierungen“ auf Burg Lenzen zu nennen, bei denen auch einige Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Dabei ist eine typische Herausforderung für unseren Verband zu erkennen: Der Sprung vom ehrenamtlichen Engagement (natürlicherweise in Zeit und Know-how begrenzt) zu hauptamtlichen Aktivitäten, die erforderlich sind, um größere Wirkungen zu erzielen und um mit anderen gesellschaftlichen Kräften mithalten zu können.

Umso erfreulicher ist es zu sehen, dass sich beispielsweise in der aktuellen „Regierungskommission Klimaschutz“ des Niedersächsischen Umweltministeriums zahlreiche Vertreter aus dem Vorstand und dem Arbeitskreis einbringen.



Michel Kralemann (l.) und Wolfgang Jüttner (r.) mit Vertretern der Elbe-Jeetzel-Klink, die ausgezeichnet wurde. Foto: BUND

BUND-Engagement gegen weitere Elbvertiefung
Bau des Ems-Sperrwerks in Gandersum

1998

Burg Lenzen wird „Europäisches Zentrum für Auenökologie, Umweltbildung und Besucherinformation“

BUNDjugend gewinnt Klimawette gegen Bundesregierung

1999

Eine Burg an der Elbe für den Naturschutz

Was kann ein Umweltverband mit einer eigenen Burg anfangen? Ganz klar war das nicht, als dem BUND die Burg Lenzen zur Schenkung angeboten wurde. Inzwischen ist sie ein schmuckes Hotel, und rund um die Burg hat der BUND mit zahlreichen Projekten viel für Natur und Umwelt getan. **CARL-WILHELM BODENSTEIN-DRESLER** blickt zurück auf viele Bauarbeiten und den Weg zum Erfolg.

Am 1. Mai 1992 ging Landesgeschäftsführer Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler an der Elbe mit der Familie Neuschulz spazieren. Dabei erfuhr er, dass die Erbin der Burg Lenzen die Idee habe, die Burg dem BUND für Zwecke des Naturschutzes zu schenken. Eine Burg für einen Umweltverband? Vorstand und Geschäftsführung überlegten lange und diskutierten viel. Im Dezember 1993 nahm der BUND Niedersachsen die Schenkung der Rückübertragungsrechte für die Burg Lenzen nebst Ländereien an – und die Arbeit mit und die Freude an der Burg begann.

Es folgten intensive Planungen und zahlreiche Gespräche mit Stadt und Amt Lenzen, dem damaligen brandenburgischen Umweltminister Platzeck, möglichen Mittelgebern wie der „Deutschen Bundesstiftung Umwelt“ (DBU), die dazu führten, dass der BUND 1996 einen Antrag bei der DBU stellte für ein „Europäisches Zentrum für Auenökologie, Umweltbildung und Besucherinformation“. Dieser wurde 1998 bewilligt. Außerdem sollte die Burg als Hotel und Tagungszentrum dienen.

1996 bis 1998 hatten bereits erste umfangreiche Sicherungsmaßnahmen an der südlichen, abrutschgefährdeten Burgflanke begonnen. Die entstandene mächtige Betonmauer dominiert noch heute den Anblick vom Park aus. Planungen, diese Ebene zu bebauen, um den Gastronomiebereich zu erweitern, scheiterten bisher an Förderbedenken des Landes Brandenburg.

Doch gebaut und saniert wurde überall: In der restaurierten Amtsscheune und im Burgturm konnte im Mai 2003 die zentrale Besucherinformation des „Biosphärenreservats Brandenburgische Elbtalau“ eröffnet werden. Diese Planungs- und Bau-Phase ist untrennbar verbunden

mit Volker Rinne und dem Architekten Andreas Rehmet sowie den Namen Edelgard Taepke und Kerstin Beck.

Im November 2006 konnten Burghotel und Burgrestaurant erstmals die Arbeit aufnehmen. Großer Dank gebührt für diese Leistung Tim Schwarzenberger und dem Architekten Daniel Richter. Die „Entfeudalisierung“ der Burg schritt mit den Baumaßnahmen an der alten Burgschule am Fuße des Burgbergs in der Stadt Lenzen weiter voran. Seit Sommer 2008 stehen mit der historischen Burgschule der Burg Lenzen 42 Zimmer für Seminarteilnehmer, Fuß-, Fahrrad- und Bootswanderer zur Verfügung, die von Doreen Nieß-Jessen und ihrem Team umhegt werden und die Knut Jessen mit seiner Bioküche verwöhnt.

Inzwischen haben sich auch die alljährlichen Naturschutztage an der Elbe auf Burg Lenzen etabliert, sie locken von Jahr zu Jahr Anfang Oktober zahlreiche Freunde des Natur- und Umweltschutzes in die Region.

Seit 2010 ist dank der Anstrengungen der Stadt Lenzen mit ihrem Amtsdirektor Axel Wilser und dem Bürgermeister Christian Steinkopf der Parkplatz vor der Burg hergerichtet. Am 1. April 2011 öffnete das Pfortnerhaus der Burg den Besuchern seine Türen und wird damit seiner Funktion eines Pfortnerhauses wieder voll und ganz gerecht. Der Besucher erhält dort alle Informationen rund um die Burg, zu Kultur und kulturellen Angeboten der Umgebung. Tim Schwarzenberger und Sabine Forberg haben damit einen großen Entwicklungsschritt vom alten städtischen Burg-Heimatsmuseum hin zur heutigen modernen Ausstellung für die Burg Lenzen und die Region gemacht.

Seit der Wende und auch im Rahmen des Konzepts Burg Lenzen wurde zugleich an der Verbesserung des ökologischen und ökonomischen Potentials der Region gearbeitet. Nach langen, zähen Antragsjahren, die gemeinsam mit der Biosphärenreservats-Verwaltung unter Leitung von Dr. Frank Neuschulz bewältigt wurden, kam mit dem Sommerhochwasser des Jahres 2002 der Förderbescheid des Bundesamts für Naturschutz für die Rückdeichung bei Lenzen. Unter der Projektleitung von Dr. Christian

Damm wurde diese bundesweit größte Rückdeichungsmaßnahme im Rahmen eines Naturschutzgroßprojekts erfolgreich umgesetzt.

420 Hektar Rückdeichungsflächen konnten nach Schlitzung des Deiches 2010 die Funktionen Naturschutz und Hochwasserschutz unter Beweis stellen. Das Gebiet wurde von der Tierwelt umgehend angenommen, und der Hochwasserscheitel wurde durch die Vergrößerung der Aue um bis zu 20 Zentimeter abgesenkt.



Vor und nach der Renovierung: Viele Fördermittel und viel Arbeit wurden seit den 1990ern in Burg Lenzen investiert. Heute erstrahlt die Burg im neuen Glanz. Fotos: BUND

Tim Schwarzenberger, Susanne Gerstner und ihr Team arbeiten seit Jahren an weiteren Naturschutzprojekten an der Elbe, die zugleich der Stärkung der Region dienen wie: Fahrtziel Natur, 1001 Tümpel für den Storch, Dummeniederung und Erlebnis Grünes Band.

Lenzen hat mit diesen Projekten bundesweit Aufmerksamkeit erregt. Nationale und internationale Gäste kommen, lassen sich die Projekte zeigen und nehmen Impulse für ihre Regionen mit.

Kritik auf der einen, richtungsweisende Projekte auf der anderen Seite

Schon immer war es den Natur- und Umweltschützern im BUND Niedersachsen ein Anliegen, ihr Wissen auch anzuwenden. Sie haben nicht nur vieles kritisiert, was die jeweilige Regierung ver-

ursacht hat, sondern sie haben häufig Wege aufgezeigt, wie es besser geht. Ein Modellbeispiel: Auf dem Natur-Bauernhof Wendbüdel hat der BUND Landschaftspflege, Tier- und Artenschutz so-

wie Biogasproduktion unter einem Dach gebündelt. In der Nähe hat der BUND den ersten Waldkindergarten Niedersachsens gegründet. **DR. WULF CARIUS** und **STEFAN OTT** berichten.

Der Natur-Bauernhof Wendbüdel: Gas aus Gras

Umweltschonende Landwirtschaft, artgemäße Tierhaltung und Transparenz bei der Lebensmittelerzeugung bestimmen die Arbeit auf dem Natur-Bauernhof Wendbüdel. Nachdem der BUND 2002 den Hof bei Harpstedt im Landkreis Oldenburg gekauft hat, wurde zunächst ein neuer Tierbestand aufgebaut – mit alten Haustierrassen. Die ökologisch er-

zeugten Produkte werden regional vermarktet.

Doch daneben zeigt der BUND auf seinem Hof auch, wie man Energie von Naturschutzflächen gewinnen kann: Auf ehemals artenreichen Mähwiesen in den Flusstälern von Delme und Hunte weiden regionale, alte Haustierrassen wie das „Original Schwarzbunte Niederungs- und

Diese Rassen sind sehr genügsam, so dass sie mit dem natürlichen Futter auf diesen Wiesen auskommen. Die heutigen hochgezüchteten Rassen kommen mit dieser nährstoffärmeren Nahrung nicht mehr aus.

Da auf der Fläche aber eine sehr große Futtermenge anfiel, hätte der BUND noch mehr Vieh anschaffen müssen. Stattdessen wurde auf dem Hof eine Biogasanlage gebaut, in der ausschließlich das Gras der Naturschutzflächen fermentiert wird (Trockenfermentation).

Der BUND hat sich für eine mit 50 Kilowatt elektrischer Leistung eher kleine Anlage entschieden, um auch wirklich immer genügend Substrat zur Verfügung zu haben. Anfänglich gab es Schwierigkeiten mit der ausschließlichen Grasvergärung bei der Trockenfermentation. Doch inzwischen hat der BUND auf dem Hof Wendbüdel gezeigt, dass diese Methode geeignet ist, Energie aus Biomasse von Feuchtgrünland zu gewinnen.

Um noch mehr Gas aus dem Gras gewinnen zu können, ist die Optimierung der Qualität der Ernte und der Graskonservierung das nächste Ziel. Anfangs gehörten zum Hof 50 Hektar Feuchtgrünland, heute sind es 190 Hektar artenreicher Mähwiesen und Weiden.

Auch an die alten Gebäude wurde Hand angelegt. Sie wurden im Laufe der Jahre in Ökobauweise und nach den Richtlinien der Dorferneuerung und Denkmalpflege saniert.

Seit den Anfängen des Hofes gibt es sogar ein Bauernhof-Klassenzimmer. Jeden Mittwoch besuchen Schüler der Schule für Lernhilfe Ganderkesee den Hof und lernen etwas über das Leben auf einem Bauernhof. Dabei arbeiten sie auch richtig mit, um ihr Arbeits- und Sozialverhalten zu verbessern.



Der Hof Wendbüdel ist ein Natur-Bauernhof im Landkreis Oldenburg. Der BUND zeigt dort, wie man Biogas aus Gras von Feuchtwiesen gewinnen kann. Foto: BUND

Damit schon die Kleinen wissen, wie sensibel die Natur ist

1999 wurde der erste BUND-Waldkindergarten als Pilotprojekt gegründet. Träger ist der BUND, wobei die Finanzierung des Waldkindergartens durch die Samtgemeinde Harpstedt gesichert ist.

Das Landesjugendamt hat für dieses Pilotprojekt genehmigt, dass 15 Kinder unter Aufsicht von 2 Erzieherinnen das ganze Jahr über von 8 bis 12 Uhr an den Werktagen im Wald herumtollen dürfen. Nur ein kleiner Bauwagen mit Ofen dient den Waldkindern zum Aufwärmen, wenn es draußen richtig kalt ist. Doch die Kinder bewegen sich so viel, dass der Bauwagen kaum genutzt wird, schließlich ist es im Wald viel spannender. Der Wagen wird von ihnen nur als Lager für Spielzeug und andere Materialien genutzt.

Inzwischen ist der Waldkindergarten ein großer Erfolg. 2007 standen auf der Warteliste 30 Kinder. Zudem ist er als Regelkindergarten anerkannt. Aufgrund der großen Nachfrage nach Plätzen im Waldkindergarten hat der BUND gehandelt. Da ein Waldkindergarten laut Vorschrift nur eine Gruppe haben darf, wur-



Der BUND-Waldkindergarten in Harpstedt ist so beliebt, dass noch eine zweite Kindergartengruppe eingerichtet wurde. Foto: BUND

de bei der Samtgemeinde und dem Landesjugendamt ein komplett eigenständiger neuer BUND-Waldkindergarten beantragt.

Aktuell gibt es also zwei BUND-Waldkindergärten in Harpstedt – was Kinder

und Eltern freut. Die zwei Bauwagen stehen zwar fast nebeneinander, wie es die Vorschrift der Landesforstverwaltung vorsieht. Doch der Betrieb der beiden Waldkindergärten ist voneinander unabhängig.

Mit Projekten zeigen, wie es geht!

Der BUND Niedersachsen hat früh damit begonnen, neben der umweltpolitischen Arbeit Themen in Projektform zu verfolgen. Seitdem wurden über 300 Vorhaben durchgeführt, je zur Hälfte von der Landesgeschäftsstelle in Hannover und von den Kreisgruppen sowie Regionalverbänden.

Dabei arbeiteten Landesgeschäftsstelle und Kreisgruppen oft miteinander oder mit weiteren Partnern. Unterstützt wurden die Projekte finanziell mit rund 17 Millionen Euro von Stiftungen und Sponsoren. Der finanzielle und ehrenamtliche Einsatz, mit dem der BUND die Projekte gestemmt hat, wäre in Zahlen ausgedrückt vermutlich weitaus höher.

Zu den Projekten gehörten kleine überschaubare Vorhaben im praktischen Naturschutz, Umweltberatungs- und -informationsprojekte, aber auch große oder sich ergänzende Projekte, insbesondere in den Einrichtungen des BUND, die so Zug um Zug entwickelt, ausgebaut und über die Jahre optimiert worden sind.

Zu den ersten Projekten zählte das Projekt „Wiesenschutz und Kräuterheu“ in der Dümmeriederung. Dabei ging es darum, kräuterreiche Feuchtwiesen zu erhalten. Denn durch den Wandel in der landwirtschaftlichen Wirtschaftsweise, sind Feuchtwiesen kaum noch konkurrenzfähig zu sein. Doch nicht Masse, sondern Klasse bestimmt wieder zunehmend den Qualitätsanspruch von Heuabnehmern. In der Dümmeriederung wurde deshalb qualitativ hochwertiges Heu gewonnen und zum Beispiel an den Zoo in Hannover verkauft.

Zu den größeren und längerfristigen Projekten in den letzten Jahren gehören „Heimat braucht Freun.de“ und das „Rettungsnetz Wildkatze“. Beide Projekte der Landesgeschäftsstelle bilden quasi das Dach für eine Reihe von Einzelprojekten zu unterschiedlichen Teilthemen mit verschiedenen Laufzeiten. Bei der Entwicklung der länderübergreifenden Weidelandchaft an der Sude wurde

gerade eine Projektreihe zu einem gelungenen Ende geführt.

Die Nationalpark-Häuser und Besucherzentren, z.B. Torfhaus im Harz oder das Nationalpark-Haus Wittbülten auf Spiekeroog, gehören zu den Einrichtungen, die der BUND – mit seinen Kooperationspartnern vor Ort – mit ideenreichen Projekten weiter entwickelt und den inhaltlichen und didaktischen Erfordernissen der Zeit stetig anpasst.

Vom Finanzvolumen und dem Eigenengagement, das es zu stemmen galt, gehören das Umwelthaus in Hannover und Burg Lenzen mit dem Europäischen Institut für Auenökologie und dem Rückdeichungsprojekt an der Elbe zu den größten Herausforderungen des BUND.

Mit vielfältigen Projekten ist es gelungen, zu belegen, dass das, was an Änderungen in der Wirtschaftsweise und im Naturschutz geraten und gefordert wird, mit gutem Willen praktiziert werden kann.

BUND-Einfluss auf Gesetzgebung und Verfahren

Der BUND sieht sich als Anwalt der Natur und muss – um dieser schwierigen Aufgabe gerecht zu werden – ständig darauf achten, dass geltendes Natur-

schutzrecht auch von den Behörden angewandt wird. Vielfach wird jedoch dieses Recht gebrochen. Der BUND musste deshalb häufig zum letzten Mittel grei-

fen, der Klage, und machte sich damit nicht nur Freunde im Land. **DR. MARITA WUDTKE** und **CARL-WILHELM BODENSTEIN-DRESLER** blicken zurück.

Cäciliengroden – Schutz der Menschen gegen Naturschutz?

Zwischen Cäciliengroden und Dangast wurde 1996 eine etwa sechs Kilometer lange Deichverstärkungsstrecke planfestgestellt – außendeichs und damit im Nationalpark Wattenmeer. Bereits ein Jahr zuvor wurde von Naturschutz- und Deichverbänden sowie Bezirksregierung ein 10-Punkte-Katalog verabschiedet, nach dem Deiche nur binnenseitig verstärkt werden sollten. Zumindest dort, wo sich keine Häuser oder Siedlungen in direkter Deichnähe befinden.

In Cäciliengroden gibt es nur Wiesen und Weiden direkt am Deich. Außendeichs befindet sich der Wattenmeer-Nationalpark mit seinen auch über die europäische Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) geschützten Salzwiesen. Doch schon vor Ablauf der Klagefrist gingen dort Bauarbeiten zur Deichverstärkung an.

Der BUND wollte Schäden an den ökologisch wertvollen Salzwiesen verhindern und entschied sich für eine Klage mit Eilantrag, unterstützt von der

Umweltstiftung WWF. Das Verwaltungsgericht Oldenburg verfügte daraufhin einen Baustopp – damit wurde erstmalig in Deutschland ein Urteil zur FFH-RL (1992) gesprochen. Das Gericht begründete sein Urteil damit, dass die Bezirksregierung eine naturschonendere Variante der Deichverstärkung nicht hinreichend geprüft hätte.

Der Baustopp löste einen Aufschrei in der Bevölkerung am Jadebusen im Landkreis Friesland aus und überraschte damals den BUND: Höhepunkt des Protestes war am 30. August 1996 eine von Kirchengemeinden mitorganisierte Lichterkette auf dem Cäciliengrodendeich, an der rund 12.000 Menschen teilnahmen. Die Schlagzeilen in der Presse lauteten: „Schutz der Menschen geht vor Naturschutz“ oder „BUND gefährdet Sicherheit der Menschen hinter dem Deich“.

Der BUND hatte mit seiner Klage offenbar ein Tabu berührt. Der Deichbau hatte bisher seine eigenen Gesetze – die

Menschen hinter dem Deich wollten sich nicht vorschreiben lassen, wie sie sich vor dem Meer zu schützen haben. Die Emotionen wurden allerdings der Sachlage nicht gerecht. Denn der BUND hatte zu keinem Zeitpunkt die Sicherheit des Deiches und der Menschen aus den Augen verloren – die binnenseitige Deichverstärkung wurde beiden Anforderungen gerecht: Naturschutz und Deichsicherheit.

Durch die Bauarbeiten waren Teile der Salzwiesen leider bereits zerstört. Das vor Gericht unterlegene Land Niedersachsen bat nun die Umweltverbände BUND, NABU und WWF um Mitarbeit. Gemeinsam sollten Regelungen für den Küstenschutz im Nationalpark Wattenmeer erarbeitet werden, um künftig weitere Klagen möglichst zu vermeiden.

Unter Vorsitz von Meinfried Striegnitz, Präsident des damaligen Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie (NLÖ) wurde von der Arbeitsgruppe, an der Geschäftsführer Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler für den BUND teilnahm, zwei Jahre lang ein 10-Punkte-Katalog erarbeitet, um einen Interessenausgleich Küstenschutz-Naturschutz herzustellen. Das Ziel lautete: So viel Küstenschutz wie nötig, so viel Naturschutz wie möglich. Die Vereinbarung war ein Erfolg – bis heute halten sich Deich- und Naturschutzverbände daran.

Den damaligen Gerichtsstreit um den Deichbau hatten der BUND und die Bezirksregierung Weser-Ems mit einem außergerichtlichen Vergleich beendet. Er enthielt, dass die zerstörten Salzwiesen in vollem Umfang wieder hergestellt werden – allerdings an anderer Stelle. Die dafür, sowie für weitere Projekte, noch ausstehende Deichöffnung am Langwarder Groden als Kompensationsmaßnahme soll nach jahrelanger Verspätung nun bald realisiert werden.



Zwischen Cäciliengroden und Dangast wurde ein Deich verstärkt, wodurch Salzwiesen verloren gingen. Der BUND hat geklagt – erfolgreich. Foto: Stefanie Apel/pixelio

BUND kauft das „Umwelthaus“ in Hannover mithilfe von Spendern

Burg Lenzen: Burghotel und Burgrestaurant nehmen Arbeit auf

Offshore-Windpark, Elbbrücke, Maststall – BUND mischt sich oft ein

Häufig schreitet der BUND ein, um den Schutz der Natur durchzusetzen. Allgemeine Betrachtungen und konkrete Beispiele aus den letzten 50 Jahren:

Die Entwicklung des BUND von einem eher regional arbeitenden Verein mit Betreuung von Flächen änderte sich entscheidend mit der Anerkennung des BUND in Niedersachsen 1978 in Folge des neuen Bundes- und des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes. So stehen für den Landesverband heute große, weitreichende Vorhaben im Vordergrund.

Einem drohenden Abbau des mit der Novellierung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes 1993 ermöglichten Verbandsbeteiligungs-Kataloges inklusive Verbandsklage ist der BUND vor mehr als zehn Jahren durch den Abschluss der so genannten Rahmenvereinbarung mit dem Niedersächsischen Umweltministerium und den Kommunalen Spitzenverbänden entgegengetreten. Die Naturschutzverbände hatten damit einen deutlichen Vorschuss in Richtung Verfahrensbeschleunigung gegeben.

Eine Ausdehnung des so genannten Modellkommunengesetz auf das gesamte Land mit Einschränkung der zu beteiligenden Verfahren sowie Fristverkürzungen für die Stellungnahmen war zum Glück nur von kurzer Dauer, da die bundesrechtliche Regelung eine Umsetzung auf Landesebene erforderlich machte. Dabei konnte der BUND dann die vorgesehenen Einschnitte bei der Verfahrensbeteiligung hinsichtlich Verfahrenspalette und Beteiligungsfristen abmildern.

Trotz weitgehender Vorgaben z.B. durch die Aarhus-Konvention wurden die seit 1990 erst in den neuen Bundesländern und dann auf die gesamte Bundesrepublik ausgeweiteten Beschleunigungsgesetze im Verkehrsbereich zunehmend auf weitere Infrastrukturplanungen und den Baubereich ausgedehnt. Dabei bleiben die Beteiligungsrechte weiterhin auf der Strecke.

Die Nichtberücksichtigung von FFH-Belangen (prioritärer Lebensraum bzw. potentiell Schutzgebiet) führten bei geplantem Tonabbau bzw. Flurbereinigung im Landkreis Osnabrück mit Klage



Der BUND befürwortet Energiegewinnung aus Windkraft. Die Planung von Windparks im niedersächsischen Küstenmeer sieht er kritisch. Foto: Tamara Hoffarth/Pixelio

bzw. Widerspruchsverfahren zu einer Änderung des Planfeststellungsbeschlusses bzw. zu einer Neuplanung unter Einbeziehung der Naturschutzbelange.

Bereits Ende der 1990er Jahre hat sich der BUND gegen den Bau einer Brücke über die Elbe im Biosphärenreservat bei Darchau/Neu Darchau wegen besonderer Betroffenheit von EU-Schutzgebieten, drohender Verlärmung und wegen des Erhalts der touristisch bedeutsamen Fährverbindung ausgesprochen. Auch finanzielle Gründe sprachen gegen den Brückenbau.

Die Verlegung der Einleitungsstelle für die Sole bei Herstellung der Erdgaskavernen bei Jemgum konnte der BUND aus der Ems heraus weiter seewärts erwirken und damit erhebliche Beeinträchtigungen der FFH-Wanderfischarten Finte und Neunauge verhindern.

In einer mehrjährigen Arbeitsgruppe (Niedersächsisches Umwelt- und Wirtschaftsministerium, Kommunale Spitzenverbände, Bodenabbauer) engagierte sich der BUND (Prof. Alexander Gaede, Dr. Marita Wudtke) für die erforderliche Einbeziehung der Naturschutzbelange in einen Leitfaden zum Bodenabbau.

Novellierungen des Naturschutzgesetzes zur Umsetzung der europäischen FFH- und Vogelschutz-Richtlinie, zur Vereinfachung der Eingriffsregelung, Gleichstellung von Ersatzgeld mit Kompensationsmaßnahmen – der BUND hat deutlich seine Vorstellungen und Forderungen eingebracht.

Aufgrund fachgerechter Vorschläge des BUND und aufgrund von EuGH-Urteilen wurden bis vor wenigen Jahren immer noch weitere Gebiete für die FFH-Richtlinie vom Land nachgemeldet. Hintergrund bildete die so genannte Schattenliste der Verbände (BUND und NABU) mit einer Darstellung zu meldender FFH-Gebiete. Für eine umfassende Meldung der ebenfalls zum Schutzgebietsnetz Natura 2000 gehörenden EU-Vogelschutzgebiete hat der BUND ebenfalls Gebietsvorschläge eingebracht. Unzureichende Meldung und Ausweisung von Natura 2000-Gebieten sind auch ein Grund für rechtliche Schritte.

Mittlerweile finden Novellierungen des Landesraumordnungsprogramms in Abständen von nur wenigen Jahren statt. Der BUND hat sich dabei z.B. für die klare Berücksichtigung von Natura 2000-Belangen bei der Rohstoffgewinnung und der Steuerung der Massentierhaltung eingesetzt. Gegen eine Ausweisung von Eignungsgebieten für Windenergie im niedersächsischen Küstenmeer hat sich der BUND aus Gründen des Vogelschutzes sowie drohender Verschmutzung des Wattenmeeres insbesondere bei Öltanker-Havarien gewandt – teilweise erfolgreich, denn ursprünglich waren mehrere Gebiete geplant, inzwischen nur noch zwei. Aufgenommen wurde insbesondere die Bündelung der zur Anbindung von Offshore-Windparks in der Ausschließlichen Wirtschaftszone erforderlichen Kabeltrassen.

Die BUNDjugend mischt seit den 1980er Jahren kräftig mit

In den 1980er Jahren ging es los: Umweltschutz wurde ein Thema für die breite Öffentlichkeit und erreichte erstmals auch die Jugend. Umweltschutz war bei vielen „angesagt“, in jeder Schulklasse gab es ein paar „Ökos“, erste Mülltrennungsprojekte wurden von den Schülervertretungen eingeführt, der Schulkiosk verkaufte nur noch Pfandflaschen und nicht wenige demonstrierten gegen Atomkraft. In Niedersachsen wurde die BUNDjugend aktiv, die heute mehr als 2.300 Mitglieder hat und mit vielen weiteren Organisationen im Jugendumweltnetzwerk JANUN arbeitet. **PAUL NETTLAU** blickt zurück auf jahrzehntelanges, jungendliches Engagement.

Die BUNDjugend als Untergliederung des BUND hatte in den 1980er Jahren großen Zulauf und erlangte besondere Bedeutung, als das Thema Umwelt mehr und mehr in die breite Öffentlichkeit kam und sich immer mehr Jugendliche der Jugendumweltbewegung anschlossen. Die BUNDjugend war damals ein wichtiger Akteur dieser Bewegung.

Ende der 1980er Jahre entstanden so sehr viele BUNDjugend-Gruppen, aber auch andere Verbände hatten großen Zulauf. Außerdem entstanden vielerorts Schüler-AGs, freie Umweltgruppen und weitere Zusammenschlüsse. Dieser Schub führte in Niedersachsen – aber auch in anderen Bundesländern und auf Bundesebene – zu einer Diskussion, in deren Mittelpunkt die Frage stand: Können wir gemeinsam nicht viel mehr erreichen als allein? Die Antwort lautete „Ja“. Deshalb schlossen sich 1989 in Niedersachsen verschiedene Jugendorganisationen zusammen und gründeten die „JugendAktion Natur- und Umweltschutz Niedersachsen JANUN e.V.“

Maßgeblich setzten sich die Verbände BUNDjugend, Naturschutzjugend und Deutscher Jugendbund für Naturbeobachtung für den Zusammenschluss ein und formten JANUN. Durch die Öffnung und die Arbeit in verbandsübergreifenden Strukturen konnten aber auch zahlreiche Jugendliche, die keine Mitglieder waren oder Berührungsängste hatten, erreicht und integriert werden. Bis heu-



Die BUNDjugend in der Natur: Beim Seminar „Wildlife“ testeten die Jugendlichen das Überleben in freier Natur und hatten sichtlich Spaß dabei. Fotos: BUNDjugend

te ist JANUN ein Vorzeigemodell für Jugendumweltarbeit. Regelmäßig blicken Aktive aus anderen Bundesländern nach Niedersachsen und sind von den niedrighwelligen Engagementmöglichkeiten und den praktizierten Netzwerkgedanken von JANUN begeistert.

Der Zusammenschluss war ein Erfolg: JANUN hat viele Projekte entwickelt, die später auch die BUNDjugend auf Bundesebene oder in anderen Bundesländern umgesetzt hat. JANUN selbst führt diese Projekte natürlich auch in Niedersachsen durch. Einige Projekte der letzten Jahre waren beispielhaft und besonders erfolgreich.

Total Tote Dose

Wohin mit all dem Müll? Das Thema Abfall und Abfallvermeidung stand ab 1991 im Mittelpunkt. Jugendliche aus ganz Deutschland organisierten unter dem Namen „Total tote Dose“ mehrere Hundert Aktionen gegen die Verpackungsflut und für einen ökologischeren Umgang mit den Ressourcen. Sie sorgten unter anderem mit einem Vorhang aus 70.000 Getränkedosen in Bonn für Furore

und gründeten die erste „Dosenfreie Zone“. Das Jugendumweltbüro Göttingen – bei dem sich auch BUNDjugend und JANUN engagierten – hatte die Aktionen koordiniert. Daher fand 1991 auch die Auftaktaktion mit 20.000 Getränkedosen in Göttingen statt.

Auftakt!

Das Jugendumweltfestival „Auftakt!“ 1993 in Magdeburg war die Abschlussveranstaltung der größten und längsten Stern-Radtour durch Deutschland und durch viele Teile Europas. Ein Schwerpunktthema dabei war „Mobil ohne Auto“ als Gegenposition zum Bundes-Verkehrswegeplan. Außerdem reagierten die Jugendlichen mit ihren Aktionen „Gegen Rassismus“ auf die fremdenfeindlichen Anschläge in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen und Buxtehude.

Zum Festival in Magdeburg waren die meisten, nämlich 5.000 Teilnehmer, mit dem Fahrrad angereist. Etwa 1.000 Teilnehmer kamen aus Niedersachsen. Die BUNDjugend war ein Hauptakteur bei der Vorbereitung und Organisation des Festivals.

Die Wette

„Wetten, dass wir an unseren Schulen das Klimaschutzziel der Bundesregierung in sieben Monaten statt in sieben Jahren erreichen?“ So lautete die Wette, die die BUNDjugend 1998 mit der Bundesregierung schloss. 135.000 Schüler beteiligten sich an der Aktion und erreichten das Ziel – Wette gewonnen! Knapp 200 Schulen aus ganz Deutschland mussten dafür in den sieben Monaten von November 1998 bis Ende Mai 1999 zehn Prozent ihres CO₂-Ausstoßes einsparen.

Die Jugendlichen gaben ihr Bestes: Sie schraubten Energiesparlampen ein, drehten Heizungen herunter, verbrauchten weniger Wasser und produzierten weniger Müll. Sie nutzen noch öfter den öffentlichen Nahverkehr, und in einigen Schulen wurden sogar Solar-Anlagen installiert. Allein in Niedersachsen sorgte die BUNDjugend mit dem Projekt dafür, dass 1,8 Millionen Kilogramm CO₂ eingespart wurden. Wettpaten waren die Mitglieder der bis heute populären Musikband „Die Ärzte“.

Die konsumkritische Stadtführung

Das erfolgreichste Projekt des letzten Jahrzehnts ist zweifelsohne „KonsumMensch“. Kern des Projekts sind Stadtführungen, bei denen das Augenmerk auf Dinge gelegt wird, die sonst im Verborgenen bleiben. Die Teilnehmer laufen nicht etwa von einer bekannten Sehenswürdigkeit zur nächsten, sondern sie machen an völlig anderen Punkten Halt: zum Beispiel vor einer McDonald's-Filiale oder einem H&M-Laden. Dort lernen sie all die unerwünschten und teils unbekannt Nebenwirkungen kennen, die unser Konsum in anderen Teilen der Welt hat, etwa ökologische und soziale Missstände in anderen Ländern, für die wir mitverantwortlich sind.

Die Idee zur konsumkritischen Stadtführung entstand 2002 in Hannover und wurde dann von Aktiven aus BUNDjugend und JANUN weiterentwickelt. Nach und nach entstanden Stationen zu weiteren Themen, und Aktive aus anderen Städten übertrugen das Konzept in ihre Städte.

2008 wurde die Stadtführung zum bundesweiten Projekt der BUNDjugend unter dem Namen „KonsumGlobal“ und wird seit 2011 als „WeltBewusst“ wiederum mit etwas veränderten Schwerpunkten umgesetzt. In Deutschland werden derzeit in circa 20 Städten kon-

sumkritische Stadtrundgänge angeboten, in Niedersachsen sind dies Hannover, Lüneburg, Göttingen und Wolfsburg. Teilnehmer sind vor allem Schulklassen. Seit der Gründung des Projekts fanden in Niedersachsen mehr als 400 Stadtführungen statt, rund 6000 Jugendliche wurden darüber erreicht.

Das Engagement wurde belohnt: KonsumMensch erhielt 2003 den Otto-Brenner-Preis „Fit for Fair“, 2006 den „Niedersachsenpreis für Bürgerengagement – Unbezahlbar & Freiwillig“ des Landes Niedersachsen und 2007 die Anerkennung als Projekt der UN-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

Klimaretter.in

Das Projekt „Klimaretter.in“ bildete den Schwerpunkt der BUNDjugend Niedersachsen in den Jahren 2006 bis 2008. BUNDjugendliche konzipierten eine Ausstellung, mit der sie besonders viele Schüler motivieren wollten, sich aktiv mit den Themen Klima und Klimawandel zu befassen. Bei Projekttagen in Schulen lernten diese dabei nicht nur etwas über die Theorie, sondern erhielten auch praktische Handlungsoptionen. Zahlreiche junge Multiplikatoren wurden ausgebildet, die die Projektstage unter anderem in Wolfenbüttel, Hannover, Verden und Oldenburg organisierten und leiteten. Im Projekt wurde auch eine Aktionsmappe erstellt mit vielen Hintergrundinformationen und Tipps zum Thema Klima.

„Klimaretter.in“ machte an 14 Orten Station. Mehr als 3000 Schüler konnte die BUNDjugend damit erreichen. Und nach Projektende wurde die Ausstellung konzeptionell weiterentwickelt und kam an weiteren Schulen zum Einsatz.



Die BUNDjugend hat kreative Aktionen zum Thema Energie auf die Beine gestellt.



Die „Konsumkritische Stadtführung“ der BUNDjugend wird inzwischen in vielen niedersächsischen Städten angeboten.



Die BUNDjugend war bei vielen Demonstrationen dabei, zum Beispiel bei internationalen Klimagipfeln.



5.000 Teilnehmer kamen 1993 mit dem Fahrrad zum Jugendumweltfestival „Auftakt!“ in Magdeburg.



Zum 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl „sperrte“ die BUNDjugend Spielplätze in Hannover.

120.000 bilden Menschenkette gegen Atomkraft

Umweltminister Röttgen erklärt, dass Gorleben weiter untersucht wird

Deichschlitzung bei Lenzen

Kanzlerin Merkel verkündet AKW-Laufzeit-Verlängerung

Wattenmeer wird UNESCO-Weltkulturerbe

„Wir haben es satt“ – Großdemo in Berlin gegen die Agrarpolitik

Reaktor-Katastrophe von Fukushima

Gegen Atomkraft: 250.000 demonstrieren in 4 Städten, bundesweite Mahnwachen

BUND Niedersachsen – Quo vadis?

Es ist bedrückend, wenn Forderungen und Vorschläge von Umweltverbänden in der Politik wenig Gehör finden, ehrenamtliche und kompetente Arbeit nicht oder nur wenig durch Akzeptanz und praktische Umsetzung gewürdigt wird. Ist es dann ein Erfolg für die Verbände, wenn durch Katastrophen ihre Warnungen Bestätigung finden? Wir sind jedenfalls nicht stolz darauf, in solchen Fällen Recht gehabt zu haben, sondern eher betrübt, dass unsere Arbeit nicht früh genug die erforderliche Wirkung gezeigt hat.

So müssen wir die Ereignisse, Erfolge oder Misserfolge der letzten 50 Jahre zum Anlass nehmen, uns für die vor uns liegenden 50 Jahre zu positionieren. Katastrophen wie jetzt in Japan – sei es die Naturkatastrophe von Erdbeben und Tsunami oder die vom Menschen zu verantwortende Atom-Katastrophe – machen uns einerseits betroffen angesichts der Hilflosigkeit, mit der diesen Ereignissen begegnet wird. Andererseits sind sie aber auch Bestätigung für uns, unseren Weg unbeirrt fortzusetzen mit Information, Überzeugungsarbeit und Innovation.

Selbstbewusst, zielorientiert und Werte sichernd kann und muss der BUND in die nächsten 50 Jahre starten. Der BUND hat mit dem Thema „Zukunftsfähiges Deutschland“ ein Szenario für Umweltsicherung und Lebensqualität entworfen und zur Diskussion gestellt. Er hat sich dabei vom Diktat des ökonomischen Wachstums gelöst. Viele Menschen haben bereits verstanden, dass ökonomisches Wachstum allein die Zukunft nicht sichern kann, sondern dass für eine nachhaltige Entwicklung qualitatives Wachstum, also „Gut leben statt viel haben“, das Motto des 21. Jahrhunderts sein muss.

Der BUND muss weiter über Fehlentwicklungen informieren und diese anprangern. Die Auseinandersetzung mit der Wirtschaft und der Politik wird angesichts der dringend notwendigen Wende in der Wirtschafts- und Energiepolitik eine zentrale Aufgabe auf Landesebene bleiben und ein aktives Auftreten des Verbandes in der Lobby des Landtags erfordern. In enger Verbindung mit Wirtschafts- und Energiepolitik muss auf die dramatischen Entwicklungen in den Bereichen Biodiversität

und Klimawandel eingegangen werden, da hier teilweise direkte Abhängigkeiten bestehen. In der Wirtschaft sind solche Abhängigkeiten teilweise deutlicher präsent als in der Politik, so dass hier Chancen für neue Allianzen entstehen, die genutzt werden müssen. Unternehmen, die diese Zusammenhänge erkannt und ihre Unternehmenspolitik aufgenommen haben, müssen vom BUND „abgeholt“ werden für Zukunfts- und Nachhaltigkeitsstrategien.

In diesem Zusammenhang stehen die Themenfelder Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Energie im Fokus. Der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft kommt deshalb eine zentrale Rolle zu, weil es dabei auch um Biodiversität, gesunde Nahrungsmittel, den Schutz der Landschaft und der Lebensräume, Energierohstoffe sowie um Klimaschutz geht. Beim Thema Energie geht es nicht nur um Klimaschutz, sondern zugleich um Fragen des Lebensstandards, des „Wohlstands“ und des Ressourcenschutzes zugunsten künftiger Generationen.

Der BUND hat schon in den letzten Jahrzehnten viele Vorschläge für eine nachhaltige und umweltschonende Entwicklung erarbeitet, die aber aufgrund der anhaltenden Wachstums-Euphorie bisher nur wenig Resonanz gefunden haben. Die aktuelle Entwicklung zeigt aber, dass die Vorschläge, Ideen oder Visionen des BUND in der Zukunft angesichts der aktuellen Verunsicherung eine wichtigere Rolle spielen können und müssen. Der BUND wird diese Herausforderung annehmen.

Der BUND Niedersachsen hat schon in den letzten Jahren eine Reihe zukunfts-fähiger Projekte auf den Weg gebracht. Dazu zählen sicher die Nationalpark-Häuser, das Projekt Diepholzer Moorniederung, der Natur-Bauernhof Wendbündel mit seiner innovativen Biogasanlage, das Projekt Burg Lenzen, verschiedene kleinere und größere Natur- und Umweltschutzprojekte des Landesverbandes, aber auch zahlreiche Projekte der BUND-Kreisgruppen. Hier zeigt sich das kreative Potenzial eines Mitgliederverbandes von seiner besten Seite!

Die Entwicklung in den letzten 50 Jahren hat deutlich gemacht, dass die Arbeit im Verband immer professioneller organisiert werden muss. Auf der Bundes-

ebene ist dies bereits umgesetzt, die Landesverbände werden folgen müssen, wenn sie erfolgreich bleiben wollen.

Niedersachsen hat eine kleine, sehr engagiert und effektiv arbeitende Geschäftsstelle, über die die Verbandsarbeit koordiniert wird. Der ehrenamtlich arbeitende Vorstand steht vor einem Generationswechsel. Immer ein Problem, aber auch eine große Chance! Wenn es um Fragen der Zukunftsgestaltung geht, wird neben der Erfahrung vor allem eine kritische Auseinandersetzung mit Fragen der Gegenwart gefordert sein und Kreativität für die Zukunft eine Rolle spielen. Der BUND wird also auch in den nächsten 50 Jahren noch dringend gebraucht, er hat in jedem Fall eine Zukunft, er kann und muss sie nutzen!

Dafür benötigen wir eine professionell arbeitende Geschäftsstelle – das ist gegeben, aber sie ist weiterzuentwickeln; einen jungen, zukunftsorientierten Vorstand – daran arbeiten wir; und eine aktive Mitgliederbasis – dies ist ein Appell an alle Kreis- und Ortsgruppen.

Der BUND ist auch in Zukunft als kritischer, aber auch als kreativer und konstruktiver Partner von Politik und Wirtschaft gefragt und unentbehrlich. Wir müssen die Herausforderung annehmen, die Rolle des Visionärs in der Zeit der Rat- und Orientierungslosigkeit der Politik zu spielen, um neue trag- und konsensfähige Zukunftsbilder zu entwerfen. Mein persönlicher Leitspruch könnte auch die Linie des BUND Niedersachsen sein:

„Nur wer die Vergangenheit kennt und die Gegenwart versteht, kann Zukunft planen.“

*Heiner Baumgarten
Landesvorsitzender*



Impressum

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a, 30161 Hannover
Postfach 1106, 30011 Hannover
Tel: (0511) 965 69 - 0
Fax: (0511) 66 25 36
Email: bund.nds@bund.net

Spendenkonto:
Nord/LB

BLZ 250 500 00

Kontonummer 101 030 047

Der BUND ist ein Mitgliederverband.

Werden Sie Mitglied!

Informationen unter:

www.bund-niedersachsen.de

verantwortlich

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler

Redaktion

Carla Juhre

Layout

Markus Leder

Carla Juhre

Druck

Forum Druck

Mai 2011

Bildnachweis

Fotos von Heiner Baumgarten:

Uwe Martin/IGS

Fotos auf Titel und Rückseite:

Thomas Stephan/BUND

Kenneth Brockmann/pixelio

Daniel Krafczyk/pixelio

Tamara Hoffarth/pixelio

Quellennachweis

Danke an Prof. Dr. Angelika Wolf,
deren Dissertation über den BUND
eine reichhaltige Quelle für die
Recherche zu dieser Festschrift war



FREUNDE DER ERDE

